

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 20 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 80 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 196.

Sonnabend, den 22. August 1908.

15. Jahrg.

Hierzu 1 Beilage u. „Die Neue Welt.“

Krieg und Frieden.

Lange hat man in einem großen Teil der deutschen und der englischen Presse viel von einem bevorstehenden gewaltsamen Zusammenstoß der beiden Mächte gelesen. Seit ein paar Wochen ist aber nur mehr von Friede, Beruhigung und Versöhnung die Rede. Daß wir in den Tagen der englischen Spionensucht und der Kaiserrede vom eingekreisten Germanen unmittelbar vor dem Ausbruch eines Krieges gestanden hätten, hat kein Einsichtiger geglaubt, denn trotz der beiderseitigen Aufregung schloß dem einen sowohl wie dem andern zum Losschlagen selbst der Schein eines vernünftigen Anlasses. Kriege können aber heutzutage nicht mehr so ohne weiteres vom Zaune gebrochen werden, sondern sie bedürfen einer vorausgehenden Bearbeitung der Volksstimmung, wie sie nur dort möglich ist, wo ein konkreter Streitgegenstand vorhanden ist, an dem sich die Leidenschaften entzünden können. War also der Lärm des Sult kein Anzeichen eines unmittelbar bevorstehenden Kriegs, so darf der sanfte Ton des August noch weniger als die Ankündigung eines goldenen Zeitalters gelten, in dem Lamm und Wolf friedlich nebeneinander weiden werden. Ganz im Gegenteil, für die Tatsache, daß zwischen Deutschland und England eine starke Spannung besteht, die zwar keineswegs von heute auf morgen zum Krieg führt, aber doch eine ständige Gefahr für die Ruhe Europas bedeutet, sind die eifrigen Friedensbestrebungen von heute vielleicht noch beweiskräftiger als das nervöse Kriegsgeschrei von gestern. Es kann kein blinder Feuerlärm sein, der so viele ernste und unterrichtete Männer an die Spritze eilen läßt.

Dabei ist es auffällig, daß alle Unternehmungen, die auf eine Verbesserung der deutsch-englischen Beziehungen gerichtet sind, von London ausgehen. Die zahlreichen Friedensreden, die von Mitgliedern des liberalen englischen Ministeriums, namentlich von Winston Churchill und Lloyd George in den letzten Tagen gehalten worden sind, haben auf deutscher Seite bisher keine Erwiderung gefunden. Die deutschen Minister befinden sich in der Sommerfrische. Auch entspricht es nicht ihren Gewohnheiten, sich über die Fragen der großen Politik in Arbeiterversammlungen auszusprechen, wie es vor einigen Tagen der Enkel des Herzogs von Marlborough und Sohn des berühmten Lord Raudolph Churchill in Swansea getan hat. Höchstens läßt man sich dazu herab, einen Schreibermenschen von der „Südd. Reichskorrespondenz“ zu empfangen und von ihm als Echo von Churchills Rede die geistvolle These verkündigen zu lassen, „die englische und die deutsche Kriegsstotte hätten besseres zu tun, als sich gegenseitig Seeschlachten zu liefern“. Solche, gelinde gesagt, naive Bemerkungen können drüben wenig Eindruck machen, denn schließlich weiß doch ein jeder Mensch, daß nickelstahlgepanzerte, kanonengeschickte Leviathane nicht bloß zum Heringsfang bestimmt sind.

Nun ist der englische Reichsschatzmeister Lloyd George in Berlin eingetroffen, nicht um formelle Verhandlungen anzuknüpfen, sondern um sich über die Möglichkeit späterer Verhandlungen zu orientieren, deren Zweck eine Verständigung über die Herabsetzung der beiderseitigen Rüstungskosten ist. Den Mr. Lloyd George trieb ernste Sorge über das Meer. Die Altersversorgung, die von der liberalen Regierung eingeführt worden ist, verschlingt gewaltige Summen. Weitere Reformen im Interesse der Arbeiter werden sich infolge des steten Drucks, den die Arbeiterschaft auf die Parteien ausübt, nicht vermeiden lassen. Selbst dem reichen England ist die Finanznot ein drohendes Gespenst, und das Bedürfnis nach neuen Einnahmen liefert der konservativen, chauvinistischen und schutzblünerischen Opposition neue Waffen. Wenn also der englische Schatzmeister als ein von Sorgen geplagter, auf Sparen bedachter, und darum äußerst friedliebender Herr nach Deutschland kam, so sollte er — man möchte es wenigstens annehmen — bei Herrn Sydow ein mitfühlendes Herz finden. So reicht offenbar auch Mr. Lloyd George. Doch welche Enttäuschung wartet seiner! Unser Reichsschatzmeister Sydow ist ein braver und fleißiger ostelbischer Eschinowik, der vermutlich noch keinen Augenblick seines Lebens über die Fragen der großen Politik nachgedacht hat, sondern dessen Aufgabe es einfach ist, die vom Kaiser für Heer und Flotte geforderten Summen herzuschaffen, sei es, auf welche Weise es wolle. Der englische Minister kommt in das Land des Rammertverstan, und wenn er auch Lektionen im Deutschen nimmt, so wird er sich mit seinem regierenden Kollegen an der Spree doch niemals verständigen lernen, weil er doch nie, wenn er auch deutsch spricht, lernen wird, preußisch zu denken.

Wenn nun die forcierten Bemühungen der liberalen englischen Regierung, eine Verständigung mit Deutschland

zu erzielen, an der Verständnislosigkeit der maßgebenden deutschen Stellen scheitern sollten, so werden die Gegner Deutschlands in England erst recht gewonnenes Spiel haben. Sie werden dann sagen, daß kein selbst an Demütigung grenzendes Entgegenkommen einer englischen Regierung deutschen Ansprüchen gegenüber imstande sei, ein besseres Einvernehmen zwischen zwei so grundverschiedenen gearteten Staatswesen herbeizuführen und daß darum nichts anderes übrig bleibe, als das Unvermeidliche mit fester Hand vorzubereiten.

In einer solchen kritischen Situation — und niemand weiß, wie weit wir noch von ihr entfernt sind — gibt es nur eine Möglichkeit, den Frieden zu sichern: die gemeinsame proletarische Aktion. Obwohl die englischen Proletarier gleichberechtigte Bürger eines freien Staatswesens, die preußisch-deutschen aber vorerst noch Knechte des Militärabsolutismus und der Dreiklassen-schmach sind, sind sie beide als die Ausgebeuteten des Kapitalismus, als Klassengenossen miteinander verbunden. Sie werden sich nicht nur gegenseitig verstehen, sondern, so hoffen wir, in der entscheidenden Stunde so deutlich zu reden wissen, daß sich keine Macht der Welt vor dieser Stimme des Weltgewissens verschließen kann.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Moltke weiß wieder nichts.

Die „Nordb. Allgem. Ztg.“ teilt an der Spitze des Blattes mit, daß von einer Vernehmung des Redakteurs der „Frankf. Ztg.“ und von einem Zeugniszwangsverfahren gegen ihn in der Disziplinarsache gegen Schücking dem Minister des Innern in der Tat nichts bekannt ist, und daß dieses Vorgehen ohne sein Wissen und Wollen eingeleitet worden ist. Das Verfahren führt, worauf wiederholt hinzuweisen ist, die Regierungsinstantz selbständig. Es kann sich daher nur um ein Ersuchen des Untersuchungskommissars an das Amtsgericht Frankfurt a. M. handeln.

In der ganzen Sache hat die Öffentlichkeit bisher immer nur erfahren, was der Minister des Innern nicht weiß, es wäre doch ganz interessant, auch einmal zu hören, was der Minister v. Moltke nun eigentlich weiß. Das sind doch offenbar ganz unhaltbare Zustände im Ressort des Ministers des Innern, wenn seine nachgeordneten Organe eine Maßnahme nach der anderen treffen, ohne dem Minister auch nur ein Sterbenswörtchen zu sagen.

Die agrarische Volksseele kocht.

Sozial steht heute bereits fest, die Ausdehnung der Erbschaftsteuer wird im Reichstag auf den schärfsten Widerstand der Agrarier stoßen, die anscheinend schon jetzt entschlossen sind, daran die ganze Finanzreform scheitern zu lassen. Wenigstens erklärt die „Deutsche Tageszeitung“ mit der ganzen Unversfrorenheit, die nun einmal eine charakteristische Eigenschaft der Junker ist:

„Dessen können die verbündeten Regierungen sicher sein, daß die geplante Ausdehnung der Reichserbschaftsteuer auf Kinder und Ehegatten in landwirtschaftlichen Kreisen auf schärfste bekämpft werden wird. Wir haben in diesen Tagen eine ganze Menge von Zuschriften erhalten, die sich mit seltener Entschiedenheit gegen die Ausdehnung aussprechen. In der einen Zuschrift, die von einem durchaus ruhigen und besonnenen Landwirt und zwar keinem ostelbischen, herrührt, wird gesagt:

„Sollte sich im Parlamente eine Mehrheit für den Vorschlag finden, so werden die Wogen der Ent-türkung unter den Bauern noch höher schlagen, als damals gegen die „Ara Capriovi.“

Damals haben die Agrarier gedroht, daß sie ihre monarchistische Gesinnung einer Revision unterziehen wollten, einer der Gründer des Bundes der Landwirte, Rupprecht-Ramsau, hat sogar den Übertritt zur Sozialdemokratie in Aussicht gestellt. Eine ähnliche Melodie soll vermutlich auch jetzt wieder aufgespielt werden. Getreu dem Grundsatz: „Heiliger St. Florian, verschon mein Haus, zünd' andre an“, empfiehlt das agrarische Blatt die Dividendensteuer und bemerkt dazu:

„Hoffen wir, daß der Reichsschatzsekretär sich nach seiner Rückkehr mit diesem Gedanken befaßt und befreundet! Wir werden unsererseits nicht müde werden, ihn zu vertreten und zu erörtern. Die Dividendensteuer kann und wird eine Hauptsteuer der Zukunft werden.“

Für eine Dividendensteuer sind natürlich wiederum die Nationalliberalen nicht zu haben, denen das industrielle Großkapital ohnehin stark auf den Hacken sitzt. Die ganze grenzenlose Schädlichkeit der deutschen Bourgeoisie tritt bei diesem Streit in die Erscheinung. Ohne an die Aufbringung der Mittel zu denken, wird ins Blaue hinein bewilligt, sobald es sich aber ums Zahlen dreht, dann besteht nur darin Übereinstimmung, daß der großen Masse der Löwenanteil der Lasten aufgebürdet wird.

Ein Prophet des Kladderadatsch.

Trübe Stimmung herrscht in den Reihen des Frei-sinns. Während der geadelte Herr v. Bayer noch nach Mitteln sucht, um eine Ausschaltung des Liberalismus zu verhüten, klagt das „Berliner Tageblatt“:

„Der ganze Liberalismus ist, und darüber soll man sich keiner Täuschung hingeben, bei allen etwaigen gesetzgeberischen Maßnahmen von vornherein als ausgeschaltet zu betrachten. Die ausschlaggebenden Elemente in der Staatsregierung wie in der Volksvertretung sind untereinander einig in dem Bestreben, die liberalen Kräfte im Lande nach Möglichkeit niederzuhalten, und von einem liberalen Einfluß auf die Ausgestaltung unserer öffentlichen Zustände wird vorerst keine Rede sein können.“

Dieser allerdings ganz wahrheitsgetreu geschilderte Zustand ist dem liberalen Blatt dermaßen in die Knochen gefahren, das es das tut, was es sonst immer als eine angebliche Marotte der Sozialdemokratie verspottet hat — es prophezeit einen großen Kladderadatsch:

„Solange dieser beklagenswerte Zustand andauert, ist unser gesamtes öffentliches Leben zu einem verhängnisvollen Stillstand verurteilt. Es geht eben mit den Kräften, die jetzt den offiziellen Staat ausmachen, nicht vorwärts. So wird der Widerspruch zwischen den in der vollsten Entwicklung begriffenen Ideen und Anschauungen auf der einen und dem offiziellen Staat und seiner Verwaltung auf der andern Seite immer schroffer, immer tiefergreifender, bis endlich eine Art von Zusammenbruch erfolgen muß.“

Wir nehmen ohne weiteres an, daß Bülow jetzt endlich in sich gehen und von morgen mittag 12 Uhr ab liberal regieren wird.

Was Junkerherrschaft in Preußen fertig bringt.

Ein merkwürdiger Beitrag zu diesem Kapitel wird der „Berl. Volksztg.“ aus dem Landkreis Grimmen in Vorpommern berichtet. Dort regiert zurzeit der Sohn des Oberpräsidenten der Provinz Pommern, der Landrat v. Malkahn.

Die Haupt- und Residenzstadt dieses Kreisgewaltigen, vertreten durch ihren Magistrat, hat einen ihrer Bürger verklagt. Der Mann, ein Bauhandwerker, hatte im Jahre 1902 in der neuangelegten Grimmer Vorstadt etwa 16 Ar Baugrund von der Stadt erworben zu dem billigen Preise von 150 Mk. pro Ar, aber mit der Verpflichtung, binnen fünf Jahren ein bis zwei Wohnhäuser hier zu errichten (um dem Wohnungsmangel zu steuern). Der Käufer, den man nun verklagt hat um Rückgabe der Bauplätze gegen Wiederaushandlung des Kaufgeldes, hat die von ihm übernommene Bedingung nicht erfüllt.

Und das kam so:

Als Herr Landrat v. Malkahn vor etwa 10 Jahren die Zigel der Regierung ergriff, da stellte es sich heraus, daß ein dem Kreis gehöriges Gebäude mit wundervollem Garten, das bis dahin zur Wohnung des Landrats gedient hatte, nicht mehr ausreichte, nicht „standesgemäß“ sei. Es wurde in der Neustadt, angrenzend an das neue Landratsamtsgebäude, das die Bureauräume enthält, Baugrund erworben und dort ein neues Wohnhaus, sehr hübsch mitten im Garten gelegen, errichtet. Wieviel dieses gekostet hat, das hat man den Steuerzahlern bisher diskret verschwiegen. Die Behauptung, daß der ganze Zauber 100 000 Mk. kostet, und daß der Landrat für dieses sein Heim nur 600 Mk. Miete an den Kreis zahlt, ist in der lokalen Presse mehrfach aufgestellt worden, ohne daß man es gewagt hätte, sie zu bestreiten. Dieses Heim scheint nun trotz allem noch nicht dem Begriff erstklassig tadelloser Standesgemäßheit entsprochen zu haben, denn eines Tages brachte der Kreis die Baugrundstücke, um die jetzt der Rechtsstreit sich dreht, käuflich an sich zur Erweiterung des anstoßenden landrätlichen Gartens.

Die Behauptung, die in der lokalen Presse aufgestellt ist, daß dem Landrat die persönliche Benutzung dieses Ziergärtleins zur Erweiterung des bereits vorhandenen Gartens vom Kreisparlament unentgeltlich zu Füßen gelegt worden ist, hat man nicht bestritten. Die Stadt Grimmen bestreitet die Berechtigung zur Existenz des Ziergärtleins überhaupt, und deshalb hat sie ihren ersten Käufer um Rückgabe verklagt, um ihn zu zwingen, nunmehr den Grimmer Kreis auf Rückgabe dieser Baugrundstücke seinerseits gerichtlich anzufassen.

Also: eine Kreisstadt sieht sich gezwungen, die ordentlichen Gerichte anzugehen, weil der Kreis, zu dem sie gehört, sie an der Durchführung ihrer kommunalen Pflichten verhindert — zu Nutz und Frommen eines Ziergärtleins, das der Kreis seinem ersten bezahlten Beamten, wie es heißt, unentgeltlich zur Benutzung überwiesen hat!

Noch ein Vorgang erregt die Gemüter im Kreise Grimmen. Die Mittel zum Ankauf dieses landrätlichen Ziergärtleins in Höhe von 3260 Mk. hat man sich erlaubt,

aus dem Wegbaufonds des Kreises zu entnehmen, wie aus der amtlichen Bekanntmachung des „Grimmer Kreiswochenblattes“ hervorgeht.

Dieses Stück Sunkwirtschaft verdient einen Platz in dem Buche Schüking's über die Reaktion in Preußen, wegen dessen der Verfasser bekanntlich von der Regierung gemahnt worden soll.

Positive Leistung der Sozialdemokratie.

Die Stellung der Militärkapellmeister soll abermals neu geregelt werden. Es ist beabsichtigt, eine besondere Rangstellung für den Stabs-hoboisten zu schaffen, um ihn über den Feldweibel und in denselben Rang wie die mittleren Militärbeamten zu stellen; ferner soll für den Kapellmeister eine besondere Uniform eingeführt werden mit Fortfall der Tressen. Als Abzeichen gelten Achselstücke mit Musikabzeichen, ähnlich den schon jetzt üblichen bei den Kapellmeistern. Kragen und Aufschläge sollen ponceau-rote Farbe erhalten wie bei den Militärkapellmeistern, das Offiziersseitengewehr wird untergeordnet getragen. Auch ein besonderer Titel unter Wegfall der Bezeichnung „Stabs-hoboist“ und „Stabs-trompeter“ gelangt zur Einführung. In der Besoldung werden die Stabs-hoboisten den Zahlmeistern gleichgestellt, und sie erhalten keine „Lohnung, sondern „Gehalt“. Auch die Versorgung der Witwen und Waisen dürfte angeregt werden. Zurzeit tritt für sie der Staat nur ein, wenn der Stabs-hoboist im Dienst oder sechs Jahre nach dem Ausscheiden stirbt.

Unser Leser werden fragen, was denn diese Regelung mit den positiven Leistungen der Sozialdemokratie zu tun hat. Wir wollen die Antwort nicht schuldig bleiben. Diese Regelung ist eine Folge des warmen Eintretens der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten und speziell des Genossen L. H. Schwarz in der Petitionskommission des Reichstages für die diesbezüglichen Petitionen der Militärkapellmeister.

Rationalliberale Wahlreflexionen.

Die eigentlich Geprägten bei den letzten preussischen Landtagswahlen waren die Rationalliberalen, die fast allein den Gewinn von anderer Seite als Verlust zu tragen haben. Aber die Ursachen dieser Niederlage sind in der nationalliberalen Presse bereits allerlei tiefgründige Betrachtungen angestellt worden, die hier und da auch einige Einsicht erkennen lassen. Jetzt macht in den „Sunglib. Blättern“ der Generalsekretär der „nationalliberalen Jugend“, Dr. Kurt Köhler, die Niederlage zum Gegenstand der Erörterung. Er findet einen Grund der Niederlage darin, daß der Rationalliberalismus nicht entschieden genug nach links gerückt sei, einen weiteren in der Stellung zum Wahlrecht. Dr. Köhler schreibt:

„Ein weiterer Grund der Niederlage liegt auch wohl darin, daß man mit einer unglücklichen Wahlparole in den Wahlkampf zog. Man mag mit dem Pluralwahlrecht bei dem gebildeteren Teil des Volkes vielleicht Anklang und Verständnis finden, die Massen sind mit dem Pluralwahlrecht niemals so begeistert; dies um so weniger, als auf die Ausgestaltung des Pluralwahlrechts alles ankommt und man nach den bisherigen Leistungen der Partei wohl annehmen möchte, daß auch bei dieser Ausgestaltung des Pluralwahlrechts für das Volkrecht wenig abfallen würde. Auch hier erlitt die Partei an ihrer Mittelstellung Schiffbruch; auch hier unterlag sie, weil sie auf jeden Fall vermitteln wollte, selbst auf die Gefahr hin, von liberalen Männern gescholten zu werden, daß sie nicht liberale Grundzüge bei der Ausgestaltung des vornehmsten aller Staatsbürgerrechte, des Wahlrechts, vertrete. Zugleich entspricht die Proklamierung des Pluralwahlrechts auch nicht dem Zuge nach Demokratisierung unseres Staatslebens, welcher un-leugbar heute durch unser Volk geht. Hätte die nationalliberale Partei eingesehen, daß man diesem demokratischen Verlangen sich nur zu seinem eigenen Schaden entgegenstellen kann, so würde sie vielleicht auch in der Wahlparole einen andern Ton gefunden haben.“

Der „jungliberale“ Generalsekretär verlangt von den Rationalliberalen etwas, was sie nicht leisten können. Wenn die Nationalliberalen dem Zuge der Demokratisierung des Staatslebens Folge geben wollten, so hörten sie ja auf, nationalliberal zu sein. Sie sind eine Partei des Besitzes und der Besitzinteressen. Diese entgegen dem demokratischen Zuge zu vertreten, gilt ihnen als höchste Aufgabe. Was würden wohl die mächtigen Großindustriellen, von deren Subsidien die nationalliberale Partei im wesentlichen lebt, dazu sagen, wenn ihre Hörigen demokratische Gelüste bekämen und sich für eine Demokratisierung des Wahlrechts ins Zeug legen wollten, wenn dies nicht schon der eigenen politischen Natur der Nationalliberalen zuwider wäre! Die großindustriellen Geldgeber würden ihre Hand völlig von den Nationalliberalen ziehen und dann ginge es mit deren politischer Herrlichkeit vielleicht noch jähnlicher bergab. Nach Dr. Köhlers Meinung sollen die Nationalliberalen wieder den Mut finden, der Regierung „vernünftige Opposition“ zu machen. Ach die armen Schelme! Schien zittert schon das Herz, wenn einmal ein Paßsche im momentanen Um-wart einen Minister anrempelt und der Blockmeister mit seiner Ungnade droht. Und die sollen Opposition — wenn auch nur „vernünftige“ — machen!

Gefühnschwümmelei.

Die preussischen Landräte haben offenbar sehr viel Zeit, sonst wäre es nicht zu verstehen, daß sie sich fortgesetzt um Dinge kümmern, die sie absolut nichts angehen. Einen ganz besonders krassen Fall laubdrücker Gefühnschwümmelei teilt die „Germania“ mit. Das Zentrum hatte im Kreise Ratibor ein Wahlbündnis mit den Polen geschlossen. Zwei katholische Lehrer, welche bei der Schulprüfung die besten Jenuren im ganzen Inspektionsbezirk erhalten hatten, gaben bei der Urwahl ihre Stimmen dem Zentrumswahlmann. Daraufhin wurden sie von dem Kreiswahlinspektor verhört und im Auftrage der königlichen Regierung zu Opatow aufs Landratsamt geladen, um sich über ihre Abstim-mung zu verantworten; das Protokoll wurde der Regierung eingereicht. In mystischen und verletzenden Äußerungen sprachen sich die zwei hier unabhängigen Kreiswahlinspektoren, insbesondere einer vor anderen Lehrern, über diese Abstim-mung und ihre vermeintlichen Folgen aus. Die „Germania“ fragt dazu: Ist etwa im Bureau des Landratsamts die Abstim-mungsliste

untersucht und von da aus die Anzeige bei der Regierung eingereicht worden? Und sind in Preußen die Katholiken und ihre Vertretung vogelfrei und sind die katholischen Lehrer mit Haar und Haut den protestantischen Regierungsmännern verhasst, daß sie nicht mehr nach ihrem katholischen Gewissen wählen dürfen?

Die Wurzeln der freisinnigen Kraft.

Die „Berliner Morgenpost“, ein in einem freisinnigen Verlage erscheinendes Blatt, legt in einer Betrachtung über die Finanzreform die Quellen bloß, aus denen der Freisinn seine finanzielle Kraft zieht. In dieser erbaulichen Darstellung heißt es:

„Die Reichsfinanzreform läßt sich auf Grund einer direkten Einkommens-, Vermögens- und Erbschaftsteuer nicht durchführen, weil der konservative Bestandteil des Blocks sich dem widersetzt. Es bleiben also nur gewisse indirekte Steuerquellen übrig, wie Elektrizitätsindustrie, Gasindustrie, Branntweinveredelung, Tabak und Brauerei. Das sind aber im wesentlichen die Industrien, von denen der Freisinn alimentiert wird. Neben der Börse, die ohnehin seit der Börsenreform ziemlich hart-leidig ist, sind es die Spirituerebeler, die Tabakleute und die Brauer, die nahezu 80 Prozent der gesamten Kriegskasse für den Freisinn aufbringen. Im allgemeinen geschieht diese Alimentierung ohne viel Gerede, da die Interessenten erkennen, daß in der Tat ihre Industrien ständig bedroht sind und des Schutzes bedürfen. Auch wird dem Freisinn diese Alimentierung nie so unwohl vorgehalten, wie das die rheinischen Industriellen gegenüber der nationalliberalen Partei machen. Selbstverständliche Bedingung ist aber, daß der Freisinn als Ritter Georg vor der betreffenden Industrie steht, wenn die Bierfische, der Tabakdrachen und andere Ungetümme ihr Haupt erheben. Ginge der Freisinn auf eine Reichsfinanzreform ein, die diese Industrien belastet, so würden seine ergiebigen Geldquellen versiegen, und das wäre für ihn nicht der Anfang vom Ende, sondern das Ende selbst.“

Man darf gespannt darauf sein, was der Freisinn auf die Behauptung zu erwidern hat, daß er lediglich der parlamentarische Sachwalter einiger Interessentenkreise ist, die ihn für seine Tätigkeit bezahlen müssen.

Finnland.

Zusammenstoß zwischen Finnland und der russischen Regierung. Der finnländische Landtag beschloß mit allen Stimmen, gegen den vom Zaren angeordneten Regierungsmodus in finnländischen Angelegenheiten, die dem russischen Ministerrat unterstellt wurden, Protest zu erheben. — Dadurch erscheint der Konflikt mit der Zentralgewalt des Reiches unvermeidlich.

Persien.

Das „Parlament“ der Zukunft. Der zukünftige Scheinparlamentarismus in Persien soll die russische Duma noch an Karikaturenhaftigkeit übertreffen. Dem „B. L.“ wird darüber aus Petersburg gemeldet: Die persischen Hofkreise bestehen nach den letzten Meinungen aus Teheran auf dem Erscheinen eines Firmans, nach welchem die Abgeordneten für den Medschlis durch den Schah ernannt werden. Dabei soll jedem Abgeordneten vor seiner Ernennung das schriftliche Versprechen abgenommen werden, alle Befehle des Schahs zu erfüllen. Dieser Plan wurde von den Führern der Reaktionäre gestern eingehend beraten. Außerlich soll der Schein gewahrt werden, als wenn Persien wirklich eine Konstitution besitze. Andererseits verlautet, daß der Emir Bahadur Dscheng vorgeschlagen habe, die Mandate der zu ernennenden Deputierten zu verkaufen, um die leere Staatskasse zu füllen. An dem Tage, an dem der Firman erscheint, durch den die Wahlen ausgeschrieben werden, sollen die Basare gewaltjam geschlossen werden. Wer sich widersetzt, dessen Laden soll zerstört und ausgeraubt werden. Sodann sollen gedungene Haufen die Proklamation über die Wahlen auf den Straßen abreißen, die Aufhebung dieses Firmans fordern, und schließlich wird der Schah diesen „dringenden Forderungen des Volkes“ nachgeben und einer neuen Firman erlassen, nach welchem alle Mitglieder des Medschlis vom Schah ernannt werden. So will die persische Regierung sich und andere täuschen.

Alten.

Ein chinesisches-japanischer Zwischenfall. Die Gefangennahme und tödliche Verletzung eines Chinesen, der ehemals japanischer Offizier war, durch japanische Soldaten im Hause eines Beamten des Kriegsministeriums in der Chinesenstadt Pekings hat einen ernstlichen Zwischenfall mit Japan verursacht. Die Differenzen sind noch nicht beigelegt, da die bisherigen Entschuldigungen Japans dem Waiwupu in keiner Weise genügen. Die chinesische Regierung ist durchaus nicht geneigt, nachzugeben.

Australien.

Die sozialistische Federation, die sich vor einiger Zeit gebildet, hat ihren Sitz in Sidney, Pittstreet 274. Um das Zustandekommen der Federation hat sich besonders der bekannte englische Genosse Tom Mann sehr verdient gemacht; seiner langjährigen Aufklärungsarbeit, die er sofort nach seiner Einwanderung begann, ist es gelungen, die australische Arbeitererschaft dem Sozialismus näher zu bringen. Im Juni tagte in Sidney die zweite sozialistische Konferenz, an der Vertreter aller australischen Staaten teilnahmen. Das Resultat dieser Konferenz war die Gründung der sozialistischen Federation von Australien. In dem Jargon der eingefahrenen „Socialist“ von Melbourne ist die Prinzipienklärung der neuen Partei veröffentlicht. Als Zweck der Federation wird bezeichnet „Die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, der Distribution und des Verkehrs“. Aus der Prinzipienklärung selbst seien folgende hauptsächlichsten Punkte wiedergegeben: Die gegenwärtige Form der Gesellschaft beruht auf dem Privateigentum am Boden und an den Produktionsmitteln. Diese Form des Eigentums spaltet die Gesellschaft in allen Ländern in zwei verschiedene, einander feindselig gegenüberstehende Klassen — in die kapitalistische und die arbeitende Klasse. Die Arbeiterklasse produziert alle zur Erhaltung der Gesellschaft notwendigen Substanzmittel — Die Statistik aller Länder zeigt, daß die arbeitende Klasse einen ständig geringer bemessenen Anteil an den Gütern erhält, die sie produziert. Der gegenwärtige Anteil beträgt etwa

ein Drittel, trotzdem die Arbeiterklasse 85 Proz. der Bevölkerung ausmacht, während die 15 Proz., die eine nur bringende Tätigkeit nicht ausüben, die übrigen zwei Drittel für sich konfiszieren. Das ist die unvermeidliche Ursache eines dauernden Konflikts zwischen der Kapitalisten- und der Arbeiterklasse. Politische Macht ist für die Arbeiterklasse notwendig und nützlich, aber nur zum Zweck der Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Der Parlamentarismus ist im wesentlichen ein Mittel der kapitalistischen Klasse zur Aufrechterhaltung ihrer Klassenherrschaft. Die Prinzipienklärung schließt mit einer Aufforderung an die Sozialisten aller australischen Staaten sich der Federation anzuschließen, und mitzuarbeiten an der Befreiung der arbeitenden Klasse aus dem Joch der Lohnsklaven.

Aus und um Kiautschou.

Dieser Tage ging die Nachricht durch die Presse, daß man die Silberminen im Tsingtau-Gebiet auf ihre Abbaufähigkeit untersucht und gefunden habe, daß sie zwar viel Blei, aber wenig Silber enthielten und daß ein Abbau die Betriebskosten nicht decken würde — ob man in Südwest nach Diamanten, in Kiautschou nach Silber schürft, ist, wie man sieht, dem Ergebnis nach daselbe in Ordnung oder besser, da die Farbe der Hoffnung hier falsche Vorstellungen erweckt, daselbe in trostlosem Grau. Da nun in der Regel die kolonialfanatische Presse den Eindruck derartiger Hubschrauben abzuschwächen liebt, indem sie bald darauf von dem glänzenden Aufschwung des Handels in der betreffenden Kolonie zu singen und zu sagen weiß, sollte es uns nicht wundernehmen, wenn demnächst folgende Statistik über den blühenden Handel Tsingtaus in den Spalten dieser Presse auftaucht — die Zahlen sind wie die meisten der sonst in diesem Artikel aufgeführten dem soeben erschienenen statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich entnommen:

Einfuhr nach Ausfuhr nach Kiautschou

Jahr	Einfuhr nach Kiautschou	Ausfuhr nach Kiautschou
1901	18 495 000	5 289 000 Mt.
1902	25 645 000	8 909 000 "
1903	34 974 000	14 749 000 "
1904	44 870 000	19 938 000 "
1905	69 176 000	24 717 000 "
1906	82 374 000	34 225 000 "

Der Gesamthandel des riesigen „Pachtung“ hätte sich nach dieser Statistik in fünf Jahren von 18 1/2 Millionen auf 116 1/2 Millionen gehoben, also mehr als verdacht — ein „Aufschwung“, der zweifellos geeignet ist, den deutschen Kolonialpatrioten Herz bräutlich zu entzücken, sofern dieser Kolonialpatrioten dabei außer acht läßt, wieviel von dieser Ein- und Ausfuhr dem eigentlich auf deutschen Handel und deutsches Kapital entfällt! Selbsterweise sind zum Unterschied von den übrigen Kolonien bei Kiautschou nicht die einzelnen Länder mit ihren Anteilsziffern an dem Handel von Tsingtau aufgeführt — man erfährt nur, daß China bei der Einfuhr des Jahres 1906 mit 20 811 000 Mk., also einem guten Viertel, und bei der Ausfuhr des Jahres 1902 mit 11 079 000 Mk., also nahezu der Hälfte beteiligt ist — der Rest entfällt auf „andere Länder“. Die Summierung der einzelnen Warengattungen erlaubt aber die Feststellung, daß Deutschland unter diesen andern Ländern noch nicht mit 6 Millionen Mark vertreten, also mit knapp 7 Proz. an dem Handel mit Tsingtau beteiligt ist.

Wenn man nun die einzelnen Warengattungen ins Auge faßt, die Deutschland nach Kiautschou ausführt, wird vollends das Wesen des deutschen Handels mit Tsingtau klar. Ausgeführt wurden im Jahre 1907

Warengattung	Wert
Flaschenbier	für 63 000 Mt.
Konferven	51 000 "
Zigaren und Zigaretten	125 000 "
Schieß-, Sprengpulver	98 000 "
Walzen und Eisenfuß	190 000 "
Eisenbahnschwellen	49 000 "
Eisenbauteile	170 000 "
Dampfessel und ähnliches	84 000 "
Dampfmaschinen	236 000 "
Maschinen, sonst.	112 000 "
Fahrzeuge zum Fahren auf Schienen	133 000 "
Handfeuerwaffen	137 000 "

Auf den ersten Blick erhellet es, daß alle diese Gegenstände, die den weitaus größten Teil der deutschen Ausfuhr nach dem „Platz an der Sonne“ ausmachen, nicht zum Verkauf an Chinesen, sondern für die Angehörigen der deutschen Besatzungstruppen und den Bau der Schantungseisenbahn bestimmt sind, also mit dem Gelde deutscher Steuerzahler bezahlt werden müssen! Daneben zeigt der Schiffsverkehr mit Tsingtau, wie es wirklich mit dem Handel bestellt ist: ein einziges Segelschiff und 498 Dampfer haben im Jahre 1906 Tsingtau angelaufen, von denen 285 die deutsche, 131 die britische und 83 andere Flaggen führten. Die Statistik vergißt aber sorgfältig anzugeben, daß wohl die Hälfte dieser Schiffe auf die deutsche Hamburg-Amerika-Linie entfällt, die durch Subvention verpflichtet ist, in Tsingtau anzulegen. Die andere Passagierlinie zwischen Shanghai und Tientsin, die „Chinesische Engineering and Mining Company“ fährt stolz an Kiautschou vorbei und legt dafür in Tsingtau, im Norden der Schantung-Halbinsel, an. Während von einem Schiffsverkehrsverkehr Kiautschous mit der gegenüberliegenden Meeresküste wenig geblieben ist, weist überhaupt Tsingtau steigenden Verkehr auf, weil seine Lage durch seine bequeme Erreichbarkeit von der Hauptlinie so günstig ist wie die Tsingtaus ungünstig. Tsingtau ist ein elendes, schmutziges Chinesendorf, aber seine wirtschaftliche Bedeutung zeigt sich darin, daß es eine deutsche, englische, russische, französische und japanische Post, englische, russische und japanische Banken und Schiffsbureaus aller Nationalitäten aufweist — in Tsingtau dagegen sind in den letzten Jahren mit den Millionen und Abermillionen der deutschen Steuerzahler ein kostspieliger Hofen, pompöse Amtsgebäude, Militär-Kasernen und Baracken, Prachtstraßen und öffentliche Einrichtungen aller Art wie Kanalisation, Wasserleitung, Elektrizitätswerk gebaut und errichtet worden, aber gleichwohl bleibt es wirtschaftlich tot und bedeutungslos.

Aber von dem deutschen Handel Tsingtaus selbst abgesehen, bildet Kiautschou auch nicht, wie man anfangs

hoffte, für das deutsche Kapital ein Einfallstor nach China. In den letzten Jahren ist die deutsche Ausfuhr sogar, wahrhaftig durch die fast in erster Reihe gegen Deutschland gerichtete japanische Konkurrenz, zurückgegangen, denn sie betrug:

1904	52,9	Millionen	Mark
1905	75,8	"	"
1906	67,8	"	"
1907	63,2	"	"

Wie verschwindend gering dabei die Ziffern dieses Handels mit dem Riesereich China sind, wird deutlich, wenn man ihnen etwa die Ziffern der deutschen Ausfuhr nach dem Miniaturreich Belgien zur Seite stellt. Sie betrug:

1904	277,4	Millionen	Mark
1905	312,5	"	"
1906	355,8	"	"
1907	342,9	"	"

Wenn man endlich in Rücksicht zieht, daß die Aufgaben für die ostasiatische Politik bis heute annähernd eine halbe Milliarde Mark ausmachen, wird einem die ganze Wertlosigkeit und wenn man in Rücksicht zieht, daß die deutsche Flagge auf Tsingtau, nachdem die englische auf Wei-hei-wei und die russische auf Port Arthur niedergegangen ist, ein dauerndes Konfliktmoment bedeutet, wird einem die ganze Gefährlichkeit des chinesischen Exempels klar. Im Kriegsfall wäre Kiautschou nur mit 100 000 Mann und einer starken Kriegsflotte zu halten, und darum allein, von seiner wirtschaftlichen Unfruchtbarkeit abgesehen, haben sich schon sehr „nationale“ Kenner der Sache für eine schnelle Abstoßung von Kiautschou ins Zeug gelegt.

Aber wie mit Kiautschou ist es auch mit den andern Kolonien Deutschlands: wenig Silber und viel Blei — Bleigewichte am Fuß der kulturellen Entwicklung!

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Sonnabend, den 22. August.

Achtung Bauarbeiter! Über die Stelbauarbeiten in der Markt- und Kaiser Wilhelmstraße, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, ist wegen Nichtinhaltung der tariflich festgesetzten Arbeitszeit die Sperre verhängt worden.

Achtung Maurer! Wegen Akkordarbeit ist über die Stelbauarbeiten in der Marktstraße sowie über den Bau in Kaltenhof-Schwartau, ausgeführt von der Firma Heidenreich und Görner, die Sperre verhängt worden. Als Akkordanten fungieren J. Fabß, Werderstraße, F. Mädel, Krepelsdorfer Chaussee. Ferner ist die Sperre über den Bau von Heidenreich und Görner im Fünfhäusen verhängt worden.

Anstellungsverträge, die gegen die klaren Bestimmungen der Gewerbeordnung verstoßen, bestehen bei der hiesigen Wach- und Schließgesellschaft. Festgestellt wurde das in der letzten Sitzung des Gewerbegerichts. Der frühere Angestellte der Gesellschaft, B., war ohne Kündigung entlassen worden, weil er entgegen den ihm gegebenen Vorschriften seine Laternen nicht zum Reinigen mit nach Hause genommen hatte. Dieses furchterliche Verbrechen wurde als — Gehorsamsverweigerung ausgelegt und mit sofortiger Entlassung bestraft. Nun klagte B. auf Zahlung von 18,40 Mk. Das Gericht entsprach dieser Forderung und stellte fest, daß der Anstellungsvertrag der Gesellschaft z. B. in bezug auf die Kündigungszeit nicht den Bestimmungen der Gewerbeordnung entspricht. Aus der Verhandlung ging noch hervor, daß die Wächter, die einen Nachlohn von ganzen 2,65 Mk. beziehen, sich bei ihrer Anstellung für 6 Monate fest verpflichten müssen, ohne daß ihnen während dieser Zeit ein Kündigungsrecht zusteht. Die Entlassung des B. wurde von dem Vertreter der beklagten Firma damit motiviert, daß sie im Interesse einer „straffen Disziplin“ notwendig gewesen sei. — Wie aus diesen wenigen Zeilen hervorgeht, herrschen bei der Wach- und Schließgesellschaft ja recht „nette“ Zustände. Die Angestellten können sich doch unter solchen Verhältnissen nicht als Menschen, sondern nur als willenlose Sklaven fühlen. In ihrem eigenen Interesse wäre zu wünschen, daß sie sich endlich einmal ihrer unwürdigen Lage bewußt werden und Mann für Mann der Organisation beitreten. Mit deren Hilfe wird und muß es gelingen, auch für die Wächter bessere Zustände zu erringen.

Haltet die Straßen sauber! In der jetzigen Obstzeit macht sich besonders der Abfallstand fühlbar, daß Papierreste auf die Straßen geworfen werden. Selbst wenn eine Straße gutes Pflaster hat und infolgedessen durch die Reinigung in einen vollständig sauberen Zustand versetzt worden ist, sollte man meinen, daß das Gefühl für Sauberkeit die Passanten davon abhalten müßte, Papierstücke auf die Straße zu werfen. Davon ist aber leider in Wirklichkeit nichts zu bemerken. Jeder, der ein Stück Papier bei zufälligem Hineingreifen in die Tasche unverwendbar vorfindet, wirft dasselbe unbedenklich auf die Straße. Gewiß würde er zu Hause in seiner Wohnung es mit seinem Gefühl für Sauberkeit nicht vereinbar finden, wenn das Papier in die Straße geworfen würde. Wenn er sich überlegen wollte, wie die Straße, in der doch viel mehr Personen verkehren, als in der Wohnung, aussehen würde, wenn alle Leute, die zufällig in ihrem Besitz befindlichen Papierreste wegwerfen wollten, müßte er sich doch sagen, daß auf der Straße die Gehege der Keimlichkeit ebenso zu beobachten sind, wie in der Wohnung. Nichts stört übrigens mehr den ersten Eindruck, den eine Stadt auf den Fremden macht, als das Umherliegen von Papierresten. Nun kann man sagen: „Dazu ist doch die städtische Straßenreinigung da; sie mag das Papier entfernen.“ Sehr richtig — aber wenn sie das Papier mit sorgfältigem Kehren entfernt hat und es steht in einer Stunde genau wieder so aus, wie vorher, so kann man dafür doch die Straßenreinigung nicht mehr verantwortlich machen. Hier muß jeder selbst eingreifen und es wäre wahrlich not, Plakate zu erteilen mit der Aufschrift: „Die Straßen werden hinsichtlich der Erhaltung der Sauberkeit dem Schutze des Publikums empfohlen!“ Bei dieser Gelegenheit sei einer andern Unsitte, nämlich der des Auspuckens auf den Fußweg, Erwähnung getan. Um diesem Abfallstand abzuhelfen, wäre es ebenfalls erwünscht, an den Straßen — wie dies in verschiedenen Städten Englands der Fall ist — Plakate mit der Aufschrift anzubringen: „Das Auspucken auf den Fußweg ist verboten!“ Ebenso müßte eine weitere Unsitte schon im Interesse der Gesundheit und der Erhaltung der Sauberkeit der Fußwege unter allen Umständen vermieden werden, nämlich die Unsitte, daß Bestzer von solchen Hundebänken, die an der Leine geführt werden, es — wie man dies häufig beobachten kann — zulassen, daß sich die Hunde bei der Entleerung ihrer Exkremente auf oder an den Fußweg setzen. Wenn ein jeder zu seinem Teile da-

zu beitragen wollte, den im vorstehenden erwähnten Unsitte — so weit als möglich — entgegenzutreten, so würde er dadurch nicht nur die Interessen derjenigen Organe fördern, denen die Pflicht der Reinigung obliegt, sondern er würde damit zugleich der Allgemeinheit einen großen Dienst erweisen.

Eine Prüfung für Seeschiffer und Steuerleute findet am 17. September, morgens 9 Uhr in der Navigationsschule statt. Anmeldungen haben bis zum 15. September beim Direktor der Navigationsschule, Dr. Schulze, zu erfolgen.

Die Sterblichkeit bleibt unverändert. Die Sterblichkeit ist in der ersten vollen Augustwoche vom 2. bis zum 8. August meist ungefähr dieselbe geblieben wie in der Vormoche. In der Mehrzahl der deutschen Städte finden sich nur ganz kleine Änderungen von 1 auf 10 000 oder wenig mehr. Von den Städten mit mindestens 70 000 Einwohnern starben auf 1000 und aufs Jahr berechnet in: Aachen 15,2, Altona 17,6, Augsburg 18,6, Barmen 11,3, Berlin 15,3, Beuthen —, Bielefeld 8,2, Bochum 31,5, Bonn 19,0, Borsdorf —, Braunschweig 18,1, Bremen 15,0, Breslau 17,1, Charlottenburg 10,5, Chemnitz 21,0, Danzig 23,2, Darmstadt 15,8, Dessau —, Dortmund 25,2, Dresden 12,6, Deutsch-Wilmersdorf 6,5, Duisburg 22,7, Düsseldorf 17,5, Elberfeld 16,0, Elbing —, Erfurt 17,8, Essen 17,9, Flensburg —, Frankfurt a. M. 14,4, Frankfurt a. O. —, Freiburg i. B. 19,8, Fürth —, Gelsenkirchen 31,6, M.-Gladbach —, Gleiwitz —, Görtz 19,2, Gera —, Hagen 16,3, Halle a. S. 25,9, Hamburg 28,0, Hannover 16,4, Harburg —, Heidelberg —, Karlsruhe 16,4, Kassel 14,7, Kaiserslautern —, Kiel 10,9, Koblenz —, Köln 27,1, Königsberg i. P. 21,0, Königsberg 40,7, Krefeld 13,1, Leipzig 19,0, Lichtenberg —, Liegnitz —, Linden — Lübeck 16,2, Ludwigshafen 29,5, Magdeburg 22,6, Mainz 29,6, Mannheim —, Meß —, Mülhausen i. E. 18,4, Mülheim a. d. R. 22,8, München 17,0, Münster 15,5, Nürnberg 19,7, Oberhausen —, Offenbach 22,1, Osnabrück —, Pforzheim —, Plauen i. B. 18,6, Posen 25,9, Potsdam —, Remscheid —, Rixdorf 16,6, Rostock —, Schöneberg 7,0, Solingen —, Spandau 15,7, Stettin 36,1, Straßburg i. E. 18,3, Stuttgart 18,8, Ulm —, Wiesbaden 18,2, Worms —, Würzburg 13,2, Zabrze —, Zwickau 17,7.

Vom Gerüst gestürzt. Gestern vormittag ereignete sich auf den Neubauten der Lübecker Maschinenbau-Gesellschaft ein bedauerlicher Unfall. Der Malergehilfe F. Ribbel, beschäftigt bei der Firma Scheiter u. Dose, hatte beim Gerüstbau das Unglück, infolge Fehltritts aus einer Höhe von 6½ Mtr. abzufallen. Er fiel mit dem Kopf auf die Erde. Nebst Verstauchung der rechten Hand, Schmerzen im Genick und Verletzung des Gehirns konnten weitere Verletzungen noch nicht festgestellt werden. Der Verletzte wurde mit dem Sanitätswagen in seine Wohnung gebracht.

Oldenburger Landtagswähler!

Seht die Wählerlisten ein!

Wer nicht in der Liste steht, ist nicht
wahlberechtigt.

Frei-Badeanstalt Falkenwiese. Die Temperatur betrug am 21. August, morg. 6 Uhr: Wasser 16½, Luft 15; 10 Uhr: Wasser 17½, Luft 20; mittags 12 Uhr: Wasser 17½, Luft 21; abends 6 Uhr: Wasser 18½, Luft 23 Grad Celsius.

pb. Gestohlen. Bei einem Trödler wurden ein Paar noch gut erhaltene neubefohle Kinderknopfstiefel beschlagnahmt, die vermutlich aus einem Diebstahl herrühren. Der Verkäufer wollte sie an der Obertrave gefunden haben. Der rechtmäßige Eigentümer wolle sich im Bureau der Kriminalpolizei melden.

pb. Festgenommen wurde ein hiesiger Schlossergeselle wegen Sachbeschädigung. Er zertrümmerte in angetrunkenem Zustande 13 Fensterscheiben im Hause Ellerbrock Nr. 10/6.

pb. Eine diebische Reinmachefrau. Gegen eine Arbeiterin, die in einem hiesigen Manufakturwarengeschäfte mit Reinmachen beschäftigt wurde, ist Anzeige wegen Diebstahls erstattet. Bei der Durchsuchung ihrer Wohnung wurden eine Anzahl Gegenstände, die sie aus dem Geschäft ihres Arbeitgebers gestohlen hat, gefunden.

pb. Kompaniegeschäft. Festgenommen wurden zwei Hausdiener, die sich hier selbst mehrerer Diebstähle schuldig gemacht haben. Einem Dienstmädchen stahl der eine eine Uhr, welche der andere versteckte. Ferner eigneten sie sich haares Geld und andere Gegenstände an. Bei einem der festgenommenen wurden zwei braune und ein schwarzes Damenportemonnaie gefunden, über deren rechtmäßigen Erwerb er sich nicht auszuweisen vermochte. Vermutlich rühren diese auch aus Diebstählen her. Bei dem andern wurde ein Pfandschein über eine verleihte silberne Herren-Remontouruhr mit einer Palm-Westentette gefunden. Es ist nicht ausgeschlossen, daß diese Uhr auch gestohlen ist.

Verein für Gesundheitspflege und Naturheilkunde. Wir weisen hiermit nochmals auf das morgen auf dem Spielplatz des Vereins stattfindende Spielfest, zu welchem die erforderlichen Vorbereitungen seitens des Vergnügungs-Ausschusses erfolgt sind, hin. Der schöne, rings um Wald umgebene Platz, sowie die Freude an den Spielen im Freien dürfte viele veranlassen, morgen den Spielplatz aufzusuchen.

Ringkämpfe im Sauftheater. Man schreibt uns: Zwei Entscheidungskämpfe wurden gestern ausgefochten, welche in jeder Hinsicht als höchst interessant zu bezeichnen sind. Dem deutsche Rechte Siegfried stand gestern zum zweitenmal dem kolossalen Ungarn Karoly gegenüber. Die beiden hielten sich diesmal nicht lange mit den üblichen Präliminarien auf, sondern gingen sofort scharf ins Zeug. Siegfried kam gestern mehr aus seiner üblichen Reserve heraus und schien alles aufs Spiel setzen zu wollen, um den Sieg so schnell wie möglich zu erringen, und in der 17. Minute gelang dies dem deutschen Meisterring, indem er den 270 Pfund schweren Ungarn durch einen unwiderstehlichen Halb- oder Zweigriff auf beide Schultern beförderte. Stürmischer Beifall lohnte den Sieger. Eine wahre Augenweide bot wieder der Entscheidungskampf zwischen dem Rheinländer Karl Brunwald und dem vorzüglichen belgischen Leichtgewichtsringler Bernard le Bouger. In diesem Kampf konnte man alle die Griffe und Paraden des griechisch-römischen Ringkampfes bewundern. Manchmal war der Rheinländer in Gefahr, manchmal der Belgier. Der Kampf war wirklich ein sehr interessantes Schauspiel und als Brunwald nach einer Gesamtzeit von 51 Minuten den Sieg davontragen konnte durch einen meister-

haft ausgeführten Überwurf aus dem Stande, brachte man Sieger und Besiegten Dationen dar. Heute abend ringen Siegfried gegen den Dänen Nielsen, der Engländer Jackson gegen den Franzosen Direct Bonce, der Rheinländer Brunwald gegen den Luxemburger Jean Dupiz und Carlos gegen Apollon. Es wäre im Interesse des Sportes wünschenswert, daß das Publikum sich nicht zu Demonstrationen gegen einzelne Ringer hinreißt, da dies nur dazu dient, dieselben noch mehr zu verbittern.

Stadthalletheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Der Sonntags-Spielplan bringt eine Wiederholung der heiteren Operette: „Flotte Wursche“ und des urkomischen Schwanks: „Der Hochtourist“ in derselben Besetzung wie bei der Erstaufführung. Die Doppel-Vorstellung beginnt um 7 Uhr und ist von 6 Uhr ab Garten-Kongert. Montag wird die Operette: „Das Jungfernstift“ zum letzten Male aufgeführt und am Dienstag geht für Herrn Seyditz zum Benefiz: „Die Fledermaus“ in Szene.

Schwartau. Die Einbrecher haben auch in der Donnerstagnacht mehrere Leuten Besuche abgestattet. Ihnen fielen im Lokal „Germania“ silberne Weste, beim Uhrmacher Neckel ein Fahrrad und beim Schuhmachermeister Bredde mehrere Paar neue Stiefel in die Hände. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, der Diebe, die zweifellos jetzt ihr Tätigkeitsfeld von Lübeck nach hier verlegt haben, habhaft zu werden.

Kiel. Der Landtags-Abgeordnete Rechtsanwalt Dr. Duus-Flensburg hat gegen den hiesigen Justizrat Schirren bei der Staatsanwaltschaft Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung gestellt, begangen durch einen angeblich von Justizrat Schirren verfassten, in der „Kieler Zeitung“ veröffentlichten Artikel, in dem das Kompromiß zwischen den Freisinnigen und den Freikonservativen bei der letzten Landtagswahl in Flensburg einer scharfen Kritik unterzogen wird. Die Voruntersuchung ist in vollem Gange.

Ahrensburg. Ein als verwundener gemeldeter Knabe, Siegfried Niederschlag, aus Hamburg wurde in Ahrensburg ermittelt und konnte seinen Eltern wieder zugeführt werden. Vollständig entmündigt wurde der Ausreißer bei einem Gehört in Ahrensburg aufgefunden; er war ohne Speise und Trank 48 Stunden herumgelandert.

Hadersleben. Der zurechtgewiesene Amtsvorsteher von Röbbing einem preussischen Staatsangehörigen, dem jetzt in Dänemark wohnenden Pastor v. Brinken, die Erlaubnis verweigerte, in einer Versammlung in Kalstrup einen Vortrag zu halten. Gegen das gesetzlich unzulässige Verbot wurde sofort beim Landrat des Kreises Hadersleben und der Regierung Beschwerde erhoben, die den Erfolg hatte, daß das Verbot sofort rückgängig gemacht wurde.

Oldenburg. Zum Bevollmächtigten zum Bundesrat ernannte der Großherzog den neuen Minister des Innern Scheer.

Letzte Nachrichten.

Braunschweig, 21. August. Pastor Lang, gegen den seit sieben Tagen vor der hiesigen Strafkammer wegen Verletzung zum Meineide verhandelt wird, unternahm in der letzten Nacht zwei Selbstmordversuche.

Magdeburg, 21. August. Die Polizei erzwang sich mit Gewalt den Eintritt in eine Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins mit der Begründung, die Versammlung sei eine öffentliche. Die Versammlung wurde aufgelöst, als eine Ansprache in polnischer Sprache gehalten wurde.

Gilzburg (Reg.-Bez. Merseburg). Infolge Rauchvergiftung bei einem Brande in der Deutschen Cellulose-Fabrik der Donnerstag nachmittag entfiel, sind 20 Werkmänner und Arbeiter der Fabrik erkrankt, von denen einer bereits gestorben ist. Drei Personen, darunter ein Werkmeister, liegen so schwer darnieder, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Das Feuer entstand in der Bleicherei durch Selbstentzündung von Nitrocellulose. Der Schaden beträgt etwa 15 000 Mk.

Grandenz, 21. August. In der Kompaniekammer der 8. Compagnie des Jügartillerie-Regiments Nr. 15 auf der Feste Courbiere bei Graubenz brach heute früh Feuer aus. In dem brennenden Raum fand man den Kammerunteroffizier Jöbel der 8. Compagnie erschossen auf. Man vermutet, daß Jöbel, der sich bei Tagesgrauen Zutritt zu der verschlossenen Kammer verschafft, dort Unregelmäßigkeiten vertuschen wollte, und als er das Vergebliche seiner Bemühungen einsah, die Kammer in Brand setzte und sich dann erschoss. Die Kammer brannte aus. Die Bestände der übrigen Kompanien wurden gerettet. Wahrscheinlich steht die Tat Jöbels im Zusammenhang mit dem Selbstmord des Unterzahlmeisters Blankenburg, der sich gestern auf der Feste erhängte.

Dortmund, 21. August. Bei den letzten Kavallerieübungen auf dem Truppenübungsplatz Senne sind 2 Mann durch Sturz getötet worden. 9 Pferde stürzten und mußten getötet werden.

Bochum, 21. August. In der benachbarten Gemeinde Reithe ereignete sich gestern abend wieder ein folgenschwerer Eisenbahnunfall, der eben so — wie der kürzlich passierte — auf das Nichtschließen der Schranken zurückzuführen ist. Ein Kind wurde sofort getötet, mehrere andere Personen schwer verletzt.

Frankfurt a. M., 21. August. Das Zeugniszwangsverfahren gegen die „Frankfurter Zeitung“ im Fall Schüding ist eingestellt worden.

Karlsruhe, 21. August. Bei dem Einsturz eines Neubaus im Albtal wurden 11 Arbeiter in die Tiefe gerissen und schwer verletzt. Einer ist gestorben, die anderen sind schwer verletzt.

Briefkasten.

Mehrere Arbeiter aus Moising. Ihrer Zuschrift können wir keinen Raum geben. Solche Angelegenheiten regelt man am Orte selbst, nicht aber durch die Zeitung.

Mehrere Fabrikarbeiter. Beim Medizinalamt eingezogene Erkundigungen haben ergeben, daß die 5 resp. 4 Personen der Besatzung des Dampfers „Wolant“ an leichtem Durchfall und nicht an Cholera erkrankt waren. Sämtliche Personen sind auch bereits aus dem Krankenhaus entlassen.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: E. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Der Buntefuh-Künnel, der sich in der verhältnismäßig kurzen Zeit seines Bestehens einen Namen erworben hat, wurde auf der Internationalen Ausstellung in Karlsbad mit der höchsten Auszeichnung, dem Ehrenkreuz und der großen goldenen Medaille prämiiert.

Möbl. Zimmer zu sof. ent. später z. verm.
Dorfstr. 24, II.

Ein freundl. Logis zu verm.
Segebergstr. 7.

Logis für 2 Mann.
Krähenstraße 12.

Ein Zimmerlehrling
zu sof. gef. von J. Weber, Klappenstr. 29, I,
Blas Lilienstraße 11.

Konsumverein
für Lübeck und Umgegend.
C. G. m. b. S.

Wir beabsichtigen in nächster Zeit einen
Verkäufer

anzustellen. Personen, die glauben, diesem
Posten vorstehen zu können, werden gebeten,
ihre Bewerbung bis Montag, den 24. August
in unserer Geschäftsstelle, Fleischhauerstr. 30,
einzureichen.

Gesucht zum 1. Novbr. für bess. Haushalt
(4 Personen) ein in der Hausarbeit nicht
unerfahrenes Mädchen, das kinderlieb ist,
zum Alleinleben nach Sonderburg bei
Hlensburg. Hausfrau Lübeckerin. Reise
frei. Näheres Hansastraße 33, part., vor-
mittags bis 12 Uhr.

Gesucht
6 Arbeiterinnen
(Abteilung Braterei).
Aug. Schumacher
Crescitenstraße 3.

Zu verk. eine neue Kinder-Badewanne
aus Eichenholz.
Augustenstr. 4, II.

Ein Vertikow u. Küchenschrank billig zu
verkaufen.
Augustenstr. 3, Hinterhaus part.

Sofa und Bettstelle mit Matratze wegen
Mangel an Platz zu verkaufen.
Süßstraße 88, II.

Dreifarbige junge Kasse zugelassen. Abzu-
holen
Reiferstraße 106.

Wegen Trauerfeier
bleibt mein Geschäft am Montag, den 24.
August, von nachmittags 1-5 Uhr ge-
schlossen.

Friedr. Berger, Warendorpstr. 32.

Bauzeichnungen jeder Art, sowie sämtliche
Bauarbeiten werden zu
den billigsten Preisen ausgeführt.
Offerten unt. R R 10 a. d. Exped. d. Bl.

Ärztlicher Sonntagsdienst
am 23. August 1903.
Dr. Schwarzweller, Breitenstr. 1-5.
Dr. Stoffer.
Dr. Forst.

Geschäfts-Gründung.

Einem geehrten Publikum von Herrnhurg
und Umgegend die ergebene Anzeige, daß ich
mit dem heutigen Tage ein Geschäft in

**Brennmaterialien,
Roggenmehl u. Schrot**

eröffne. Auf meiner neuverbauten Mühle mit
Motorbetrieb mahle jedes Quantum Korn zu
solidem Preise und gebe ohne Abzug am
Gewicht retour. Ich werde bestrebt sein,
durch Lieferung vorzügl. Ware und umsicht-
same Bedienung mir das Vertrauen einer
werten Kundschaft zu erwerben.

Bitte um gütige Unterstützung meines jungen
Unternehmens.
Hochachtungsvoll **Hans Schwartz.**
Herrnhurg im August 1903.

Lesen Sie
In Freien Stunden

Die beste illustrierte
Roman-Bibliothek
für Arbeiterfamilien
Wöchentlich ein Heft
für 10 Pfennig :: ::
Bestellungen nimmt
jeder Kolporteur und
Zeitungs-Ansträger
jederzeit entgegen

Empfehle:
H. Honig, Pfd. 1.- M.
direkt aus der Fabrik
echte Limb. Käse, Pfd. 0.60 M.
**A. F. Beer-Hartsack, Bold Nachf.,
Sottisstraße 26.**

Dampfkornbrennerei Buntekuh

empfiehlt ihren vorzüglichen

:: Buntekuh-Kümmel ::

Hamburg 1902: Silberne Medaille. Lübeck 1908: Silberne Medaille.

Internationale Ausst. Carlsbad 1908: Höchste Auszeichnung
das Ehrenkreuz und die grosse goldene Medaille.

NB. Meiner sehr geschätzten Kundschaft zur gefl. Nach-
richt, dass ich ein zweites Fuhrwerk eingestellt habe und
können nunmehr alle Aufträge prompt erledigt werden.

J. J. Wegner Ww.
in Vollm. C. Wegner.

Keine Zerstörung der Wäsche



kein Angreifen der Faser ist bei Be-
nutzung des neuen konkurrenzlosen
Waschmittels

Persil

zu befürchten, da es den Schmutz
spielend löst und ohne jedes Reiben und
Bürsten die Wäsche von selbst wäscht.
Für jede Waschmethode geeignet, daher
einfachste Anwendung, falscher Gebrauch
ausgeschlossen. Garantiert chlorfrei und
gefahrlos; wir kommen für jeden Schaden auf.

:: Alleinige :: **Henkel & Co., Düsseldorf**
Fabrikanten:

auch der weltbekannten Henkels Bleich-Soda.

Sargmagazin von H. Horenburg

Übernahme ganzer Beerdigungen.

Paulstraße 16.

? Job-Classen ?

Das Fritzchen lässt nicht nach,

Schutz-
Marke.

es will absolut Weichen-Seifenpulver „Goldperle“
einkaufen, weil so hübsche Geschenke in jedem Paket
enthalten sind. Man achte auf den Namen „Goldperle“.
Fabrikant: Carl Gentner, Göppingen.
En gros bei: H. L. Wiegels.

Von der internationalen Bibliothek

erste Serie

empfehlen wir besonders:

Kautsky, Karl Marx ökonomische Lehren,	geb. M.	2,50
Bebel, Ländliche Arbeiterfrage,	"	2,50
Bebel, Charles Fourier,	"	2,50
Stern, Philosophie Spinoza's	"	1,-
Kautsky, Das Erfurter Programm,	"	2,50
Fr. Engels, Die Lage der arbeitenden Klassen in England,	"	2,-
Stepniak, Der russische Bauer,	"	2,50
Mehring, Die Lessing-Legende,	"	3,50
H. Lux, E. Cabet und der iltarische Kommunismus	"	2,-

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.

Pfand-Auktion.

Am Montag, den 14. und Dienstag, den
15. September, morgens 9 Uhr, verkauf
meistbietend bei Herrn Ahrens, Marle-
grube die nicht eingelösten Pfänder N.
20 018 bis 26 869 Herren- und Damen-Ge-
deroben, Gold- und Silbersachen, Herren-
Damen-Uhren, Ketten, Brillant- und ande-
Ringe, Operngläser, Fahrräder, Regulatoren,
Freischwinger, Sand- und Trittnähmaschine
und verschiedene andere Sachen, wozu Kau-
liebhaber einladet

L. S. Baruch, Pfandleihe
Gold- und Silbersachen kommen a
Dienstag zum Verkauf.
Prolongation nur bis 9. September
später unmöglich.

Carl Folkers Möbel-Magazin

25 Marlesgrube 25

Vollständige Wohnungseinrichtungen.

Selbstgefertigte Arbeiten.

Größte Auswahl.

Billigste Preise

Weitgehendste Garantie.

Zimmer-Einrichtungen stets vorrätig

Lieferung frei Haus

auf eigenem Möbelwagen.

Zahlung gekattet.

Bei Barzahlung Rabatt.

Gebete rote Lubeca-Marken.

Willy Koch, Bahntechniker,

Lubeck, Holstenstr. 21.

Zahn-Atelier Karl Seeler

Breitenstr. 85/87 I (Ecke Huxstr.)

Goldene u. silb. Uhren

gut und billig.

L. S. Baruch, Pfandleihgeschäft
Reiderstraße 35

Ungar-Weine

vorzüglicher Qualität, direkt bezogen, wie:
Oberungar, Carlowitz, Oedenburger,
bestens zu empfehlen als Dessert- u. Kranken-
weine, insbesondere

Medizinal-Ungarweine

chem. untersucht, empfiehlt zu billigsten Preisen

Otto Arendt, Kolonialw.,
Lübeck, Gneisenaustr. 4.

Adolf Hübner, Uhrmacher u. Gold-

arbeit, Hünshaus 13

Es ist Tatsache, daß ich die meisten Ver-
lobungs-Ringe an meine Arbeiter-
Kundschaft verkaufe.

G. Creutzfeldt, Goldschmied, Sandstr. 4

Jeder Wiederverkäufer mache einen Versuch
mit den Fabrikaten der 1825 gegr. Effig-
fabrik von H. L. Wiegels vorm. J. C.

Bunge, deren Spezialitäten: kaus. Spon-
gösing und Weinessig sich großer Beliebtheit
zum Säueren erfreuen.

Außerdem betreibt diese Firma ebenfalls
Fischgrube 61 eine Feingroßhandlung
und Marinieranstalt und bittet sie alle

Wiederverkäufer, einen Versuch mit ihren
vorzüglichen Matjes- und Salzheringen
sowie Kollmops, Bismarck, Delikat-
Seuf- und sauren Heringe zu machen. Ver-
sichtigung jederzeit gestattet und kein Kauf-
zwang. Die Preise sind äußerst billig gestellt,
daher überzeuge sich jeder Wiederverkäufer
selbst.

Matjesbruchheringe

empfehle
H. H. Holtermann,
Marktwiege 4.

Joh. Boy

Fischhandlung,
Königstr. 61 F. 115

Heute abend Markthalle 46:

Goldbutt billig.

Jeden Sonntag:
Seife Quackwurst
empfehle
Heinr. Scheel, Hansastraße 43.

Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag zu Nürnberg 1908.

Landtagswahlen.

Die Sozialdemokratie errang bei der ersten umfassenden Wahlbeteiligung an den preussischen Landtagswahlen im Jahre 1908 kein Mandat, trotzdem sie über 800 000 Stimmen aufbrachte. Am 3. Juni 1908 eroberte sich die preussische Sozialdemokratie unter dem elendesten aller Wahlsysteme die Tribüne des preussischen Dreiklassenhauses. Der Landtag des größten deutschen Bundesstaates ist nicht mehr sozialistischer. Trotz der öffentlichen Abstimmung ist in den Wall des Wahlrechtsstamps Drecke gelegt. Mit verstärkter Kraft wird der Wahlrechtskampf weitergeführt werden, der jetzt auch im Hause der Briten eine laute Echo finden wird. Die Stimmenzahl der sozialdemokratischen Partei hat gewaltig zugenommen. Infolge des indirekten Wahlrechts ist am Schlusse unseres Berichtsjahres eine genaue Übersicht über die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen noch nicht vorhanden. Die Sozialdemokratie eroberte in der Hauptwahl am 18. Juni sechs Mandate und dazu am 23. Juni in der Stichwahl ein Mandat. Die von den Wahlmännern vorgenommenen Abgeordnetenwahlen ergaben für die obersten sieben Wahlkreise folgendes Bild:

Wahlkreis.	konservative Wahlmänner	nationallib. Wahlmänner	freisinnige Wahlmänner	sozialdemokr. Wahlmänner
1. Berlin V.	—	—	206	303
2. " VI.	—	—	322	398
3. " VII.	—	—	296	356
4. " IX.	—	—	160	390
5. " XI.	—	—	115	352
6. Hannover-Linden	—	178	—	228
7. Berlin XII Hauptwahl	164	2	165	312
" XII Stichwahl	—	—	307	313

Das Mandat im XII. Berliner Wahlkreis fiel uns in der Stichwahl zu, weil nicht alle bürgerlichen Wahlmänner für den freisinnigen Kandidaten zur Wahl zu bringen waren. Die nationalliberalen und konservativen Parteien hatten sich schon vor der Abgeordnetenwahl auf den konservativen Kandidaten geeinigt, nachdem der Freisinn sich geweigert hatte, seinen Kandidaten zugunsten des Nationalliberalen zurückzugeben.

Sozialdemokratische Kandidaten standen außerdem in fünf Wahlkreisen in Stichwahl:

Wahlkreis	Es stimmten von den Wahlmännern	konf.	natlib.	freis.	soz.	Zentr.
1. Rixdorf-Schöneberg						
Hauptwahl	187	35	344	528	—	—
Stichwahl	—	—	556	528	—	—
2. Frankfurt-Land						
Hauptwahl	—	116	61	72	39	—
Stichwahl	—	146	—	98	—	—
3. Eberfeld						
Hauptwahl	235	—	544	352	—	—
Stichwahl	—	—	723	351	—	—
4. Kiel						
Hauptwahl	—	255	310	274	—	—
Stichwahl	—	—	505	273	—	—
5. Altona						
Hauptwahl	66	80	177	234	—	—
Stichwahl	—	—	307	234	—	—
6. Wandsbek-Stormarn						
Hauptwahl	169	74	—	127	—	—
Stichwahl	218	—	—	127	—	—

Gegen die Wahl in Rixdorf-Schöneberg ist ein umfangreicher Wahlprotest eingelegt, der zur Kassierung des Mandats führen muß. — In Frankfurt-Land stimmten im ersten Wahlgang 9 Wahlmänner des Zentrums für den sozialdemokratischen Kandidaten. In der Stichwahl enthielt sich

ein Teil des Zentrums der Abstimmung. Von den freisinnigen Wahlmännern stimmten in der Stichwahl nur 9 für den sozialdemokratischen Wahlrechtsfreund, während sich 22 enthielten und 30 für den nationalliberalen Pluralwahlrechtsfreund stimmten. In Wandsbek-Stormarn stimmten gar 49 liberale Wahlmänner in der Stichwahl für den konservativen Kandidaten. Eine erhebliche Anzahl Wahlmänner brachte die Sozialdemokratie ferner in Berlin VIII, Berlin X, Leltow-Weesow-Storkow, Ober- und Niederbarnim, Hannover-Stadt, Garburg, Magdeburg, Breslau, Wanzleben, Westhavelland-Brandenburg, Lenney-Remscheid, Frankfurt a. M., Stettin, Dortmund-Land, Gattingen-Witten, Hörde und so weiter auf.

Unsere Gegner behaupten, daß die sozialdemokratischen Wahlerfolge auf dem Terrorismus beruhen, den die Sozialdemokratie systematisch angewandt habe, indem sie politische Gegner mit dem Boykott bedrohte. Nur kleinliche, gehässige Wut über unsere glänzenden Erfolge läßt unsere Gegner so reden. Die Sozialdemokratie hat es lediglich verstanden, die ihrer Klassenlage nach dem Proletariat nahestehenden kleinen Gewerbetreibenden durch eine intensive Kleinagitation zu einer energischen Stellungnahme gegen die reaktionären Anhänger der öffentlichen Wahl aufzurufen unter ausdrücklicher Betonung der gemeinsamen Interessen, die die kleinen Gewerbetreibenden mit der Menge ihrer Käufer haben. Diese Agitation war ein Kinderspiel, verglichen mit dem Terrorismus, den der Staat und die herrschenden Klassen gegen die von ihnen abhängigen Elemente immer angewandt haben. Wenn die Junker und Kapitalisten, die in Preußen die Künfte der Gesetzgebung in der Hand haben, ernstlich verhindern wollen, daß die eifrige Agitation des Wahlkampfes den Wähler beim Wahlakt beeinflusst, so brauchen sie ja nur die geheime Wahl einzuführen. Solange sie das nicht tun, ist ihr Gezeir über angeblichen sozialdemokratischen Terrorismus eitel Heuchelei. Zugute kam der Sozialdemokratie die Änderung des § 23 des preussischen Einkommensteuergesetzes, derentwegen eine Anzahl Arbeiter infolge ihrer Steueranzahlung in der zweiten Klasse wählten. Die neue Wahlkreisenteilung für Berlin war nur insofern von Bedeutung, als überhaupt drei Mandate mehr von Berlin zu vergeben waren. Günstig war die allgemeine politische Situation. Die Blockpolitik, die der Freisinn als getreuer Fribold in der Konservativen in allen Stücken mitmachte, brachte ihn bei allen wirklich Liberalen um jeden politischen Kredit. Diese Blockpolitik galt nur für das Reich. Die konservativen Parteien lehnten ausdrücklich die Übertragung der Blockpolitik auf Preußen ab. Trotzdem profitierte sich der Freisinn und warf sich auf offenem Markte den Konservativen an den Hals. Die Worte und die Taten des offiziellen Fraktionsfreisinn standen in schreiendem Widerspruch. Im Wahlauftritt der freisinnigen Parteien hieß es am 28. April: „Das Ziel des Kampfes ist die Beseitigung der konservativ-liberalen Mehrheit und die Verstärkung der liberalen Mehrheit im Abgeordnetenhaus.“ In Wirklichkeit schloß der Freisinn nicht nur in den Dtmärkten, sondern auch vor den Toren Berlins, in Niederbarnim, Bündnisse mit den Konservativen. Solcher würdeloser Schacher um Mandate schadet dem Freisinn bei den eigenen Parteigenossen. Übertrumpft wurde dieses schmähliche Verhalten der freisinnigen Partei noch bei der Abgeordnetenwahl in Flensburg, wo sich die Agrarier mit den freisinnigen „Volks“parteilern erfolgreich zur Verdrängung des Nationalliberalen verbanden.

Geht man den Ursachen der sozialdemokratischen Mandaterfolge nach, so muß man als entscheidend anerkennen den vorzüglichen Stand der Organisation in den beteiligten Wahlkreisen. Welche Schwierigkeiten bei der indirekten Wahl zu überwinden waren, davon ist die Tatsache, daß die Organisation von Groß-Berlin 13 151 Wahlmänner aufstellen mußte, der beste Beweis. Die bis ins kleinste durchgeführte, jederzeit für den „Kriegsfall“ vorbereitete Bezirksorganisation in Berlin und Linden-Hannover hat auf schwierigen Kampffeldern so herrliche Siege errufen können. Unablässig muß im ganzen Reich an dem Ausbau der Bezirksorganisation, dem Hebel der Kleinagitation, gearbeitet werden. Eine schlagfertige Organisation ist die Mutter aller künftigen Siege über wohlgerüstete Gegner. Der Sieg in Linden war gleichzeitig eine schallende Ohrfeige für den Reichsverband zur

Bekämpfung der Sozialdemokratie, der dort fieberhaft tätig war. Die preussischen Landtagswahlen zeigten überhaupt, daß die Bäume des Reichslügenverbandes nicht in den Himmel wachsen.

Das Gesamtergebnis der Wahl brachte keine wesentliche Veränderung der Zusammensetzung des Abgeordnetenhauses. Die Nationalliberalen verloren ein Duzend Mandate, das Zentrum und die Polen gewannen ein Duzend. Die Linke hätte wesentlich gestärkt werden können, wenn der Freisinn nicht in mehr als einem Duzend Wahlkreise lange vor der Wahl krampfhaft Anschluß nach rechts gesucht hätte. Die sozialdemokratische Partei hatte ihre klare Stichwahlparole zeitig genug veröffentlicht. In Wahlkreisen, wo zwei und drei Abgeordnete zu wählen waren, wurde für die Sozialdemokratie ein Mandat verlangt. Der Freisinn überließ lieber der konservativen Reaktion drei Mandate, als daß er neben zwei lauen freisinnigen Anhängern des Reichstagswahlrechts einen sozialdemokratischen Wahlrechtsfreund unterstützte. Der Freisinn hat die selbstmörderische Taktik, die er bereits 1903 in Breslau, Leltow-Weesow, Bielefeld usw. anwandte, zu seinem eigenen Schaden weiter geübt. In Wahlkreisen, in denen nur ein Abgeordneter zu wählen war, beschloß die preussische Landeskommission die Unterstützung der Abgeordneten, die sich vorher schriftlich für die Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen und für eine neue Wahlkreiseinteilung erklärt hatten, sofern das Zentralwahlkomitee deren Unterstützung billigte. Auf Grund dieser Beschlüsse haben im rheinisch-westfälischen Kohlen- und Gattenerrevier unsere Genossen in Dortmund-Land Bochum und Mülheim a. d. Ruhr die Kandidaten des Zentrums gegen die wahlrechts- und koalitionsrechtsfeindlichen nationalliberalen Schmarotzer der Schwerindustrie unterstützt. Auch das Zentralwahlkomitee war der Meinung, daß in diesem Fall das Zentrum bei all seiner sonstigen Unzuverlässigkeit dennoch das kleinere Übel war. Leider waren bei den Stichwahlen auch einige Disziplinlosigkeiten zu verzeichnen, die von dem Zentralwahlkomitee entschieden gerügt wurden. In Guben und in Liegnitz kam es sogar vor, daß ein Teil der sozialdemokratischen Wahlmänner, um den Nationalliberalen König resp. den blockfreisinnigen Fischbeck zu Fall zu bringen, für den konservativen Abgeordneten kandidaten stimmten. Dieses unverantwortliche Manöver hatte in beiden Fällen keinen Erfolg und ähnliche Fälle dürfen sich nie mehr wiederholen. In Leltow-Weesow-Storkow unterstützten sich die Sozialdemokratie und die neugegründete demokratische Vereinigung gegenseitig schon bei den Wahlmännerschwächen, um die gemeinsamen Abgeordneten kandidaten, wenn möglich, in die Stichwahl mit den Konservativen zu bringen. Das gelang nicht. Das nationalliberal-freisinnige Kartell erhielt rund 80 Wahlmänner mehr und kam mit den Konservativen in die Stichwahl. Die demokratische Vereinigung brachte bei der Abgeordnetenwahl keinen Kandidaten durch.

Nach den Wahlrechtsdemonstrationen des 12. Januar verurteilte die hülloffizielle „Nordd. Allgem. Ztg.“ die Massen gegen die Führer aufzuheben. Sie schrieb: „Mit diesen Führern mögen die irreführenden Massen abrechnen.“ Am 3. Juni haben die „irreführenden“ Massen den Führern ein glänzendes Vertrauensvotum ausgestellt. Die sozialdemokratischen Abgeordneten haben im preussischen Landtag ein dankbares Feld der Tätigkeit vor sich, auf dem sie für das Klasseninteresse des Proletariats und damit für den Kulturfortschritt in Preußen reiche Arbeitsgelegenheit haben.

Am 5. Januar d. J. fand in Bayern für Schwabach die erste Sonntagswahl statt. Sie endete mit einem Sieg der Sozialdemokratie. Bei den letzten allgemeinen Wahlen am 31. Mai v. J. stand der Sozialdemokrat mit 1912 Stimmen noch an letzter Stelle. Der Liberale siegte damals mit 800 Stimmen Mehrheit. Am 5. Januar d. J. siegte der Sozialdemokrat mit 2607 Stimmen über seine Gegner, von denen der Liberale 2236 und der Bauernbündler 2174 Stimmen erhielt. Der Blockliberalismus hatte für seine volkverräterische Haltung in einem heißen Wahlkampf eine schwere Niederlage eingeheimst.

Bei den sächsischen Landtagswahlen, die am 28. September v. J. stattfanden, konnte die sozialdemokratische Partei kein Mandat erobern, trotzdem sie bei den Urwahlen

Die beiden Sträflinge.

Australischer Roman von Friedrich Gerstaeker.

(30. Fortsetzung.)

Walter barg entsetzt sein Antlitz in den Händen, und selbst Mac Donald wandte sich schauernd ab, denn beide kannten viel zu gut die Sitten dieser Stämme, um nicht bei dem ersten Anblick des fettglänzenden Schwarzen zu wissen, daß er seinen Gegner erschlagen und sich mit dem warmen Merenfett des übermundenen eingeriebenen habe. Glauben diese Unglücklichen doch dadurch die Stärke des besiegten Feindes auf sich übertragen zu können, und gilt ja zugleich das eingeriebene Fett als das höchste Ehrenzeichen ihres Sieges.

„Das ist die Folge Ihres unseligen Systems,“ sagte Mac Donald endlich nach stummer Pause, „Schwarze gegen Schwarze zu verwenden. Der Haß dieser unglücklichen Stämme wird dadurch nur mehr und mehr genährt, ihre Hützer und Rache angefachelt, ihre Wut gereizt, und so nützlich sie Ihnen dann und wann sein mögen, die Folgen haben Sie sich selber zuzuschreiben.“

„Und was gedenken Sie jetzt mit mir zu tun?“ fragte Walter finster, „ich bin in Ihrer Gewalt, was haben Sie befohlen?“

„Sie sind frei,“ sagte Mac Donald rasch, „sobald Sie mir Ihr Ehrenwort geben, daß Sie mir achtundvierzig Stunden Vorsprung lassen. Nachher folgen Sie mir, wie und wo Sie wollen.“

„Ne,“ rief der Offizier entschlossen aus. „Von dem Augenblick an, wo ich meine Glieder wieder gebrauchen, meine Leute um mich sammeln kann, bin ich auf Ihrer Fährte. Mein Leben seh' ich ein, Sie wieder in meine Gewalt zu bekommen.“

„Dann bleibt mir nichts übrig, als Sie eine Strecke mit mir fortzunehmen, um Sie wenigstens aus dem nächsten Bereich Ihrer Leute zu bringen,“ sagte Mac Donald achselzuckend.

„Und wenn ich Ihnen nicht gutwillig folge?“ fragte trotzig der Offizier.

„Zwingen Sie mich nicht zu einer Gewalttat! entgegenere ernt Mac Donald. „Zum äußersten überhaupt getrieben, liegt eine nur noch kaum erkennbare Grenze zwischen mir und dem Verbrechen. Ich wollte ein Mitleid, zurückge-

zogenes, ehrliches Leben führen, im Schweiß meines Angesichts mir mein Brot erwerben und mit der Welt, die mich mißhandelt hat, ein neues Dasein beginnen, selbst die Erinnerung des alten sollte begraben sein. Das Schicksal will es nicht, und ich bin fest entschlossen, ihm die Stirn zu bieten. Unschuld, durch eine Verfehlung von gegen mich zeugenden Umständen verdammt, deportiert, von rohen Aufsehern mißhandelt und fast wahnsinnig gemacht, floh ich in den Busch. Gehegt nun wie ein wildes Tier, will ich denn auch die Fänge zeigen. Sie haben deshalb nur eine Wahl: entweder Sie folgen mir gutwillig, um ein paar Tage Ihrer Freiheit beraubt zu werden, wie ich Ihnen folgte, um mich abermals zur Marterbank führen zu lassen, oder Ihr Tod birgt mir für Ihr Schweigen. Übrigens,“ legte er rasch und ruhiger hinzu, „sind Sie in meine Hände gekommen, unser beiderseitiges Verhältnis wird zu genau zu durchschauen, als daß ich Ihnen auch nur ein Wort weiter zu sagen brauchte. Sie wissen recht gut, daß ich selber, will ich nicht im Augenblick wieder in die Hände der Ihrigen fallen, gar nicht anders handeln kann; also entheben Sie mich der bitteren Notwendigkeit, eine Gewalttat zu begehen.“

Er wandte sich mit diesen Worten von dem gefangenen Offizier ab, dessen eigenem Nachdenken das weitere überlassend, und schritt rasch auf sein eigenes Pferd zu, um dessen Zaum und Sattelzeug in Ordnung zu bringen. Seine eigene Satteltasche, die auf Katurrus Pferd hing, mit seinen Pistolenholtern nahm er auf das eigene Tier, ebenso einige Lebensmittel, sowie das Gewehr, welches der Schwarze dem Erschlagenen abgenommen, warf dann die Leine, gerade wie er selber bis jetzt geführt worden, um den Hals des Offizierpferdes und sprang, mit einem einladenden Zeichen für den Gefangenen, seinem Beispiel zu folgen, in den Sattel.

Walter stand auf, um dem Befehl zu gehorchen. „Ich folge nur dem Zwange,“ sagte er finster, „und gebe Ihnen mein Wort, daß mein Leben nur der Rache und der Genugtuung dieses Schimpfes geweiht sein soll.“

„Daß Sie dieses Leben jetzt in meiner Hand wissen und doch wagen, mir das zu sagen, zeigt mehr Vertrauen zu einem Aufschändlicher als die Polizei ihm sonst zu beweisen geneigt ist,“ lächelte Mac Donald. „Aber wie dem auch sei, ich erwarte von Ihnen nichts anderes, als daß Sie ihr schlimmstes tun mögen, sobald ich nur mich selber aus dem

Bereich Ihrer Macht gebracht. Jetzt also in den Sattel, Mr. Walter, um vor allen Dingen den heute zurückgelegten Weg umgekehrt zu machen und der Möglichkeit auszuweichen, Ihren Leuten wieder zufällig zu begegnen. Katurru, gehst Du mit?“

Der fettglänzende Schwarze hatte indes mit grimmer Freude den gefangenen Polizeileutnant betrachtet und sich dabei nur manchmal wohlgefällig mit der flachen Hand über die geölten Glieder gestrichen. Bei der Frage erst hob er den Kopf.

„Wohin, Jachy?“

„Zurück und an der Station vorbei,“ antwortete ihm Mac Donald in seiner Sprache, „und dann hindüber nach Sonnenuntergang.“

„Gemiß,“ lachte der Schwarze mit funkelnden Augen, „wenigstens bis zu den Häusern der Weißen. Viel Lec heute dort und Brot und Zucker und Tabak.“

„Heute? — dort?“ fragte erstaunt Mac Donald, „was meinst Du damit?“

„Werden schon sehen,“ antwortete kurz der Wilde, und folgte dabei dem Wink Mac Donalds, des Leutnants Satteltasche auf sein eigenes Pferd zu nehmen. Walter war in dessen ebenfalls in den Sattel gestiegen, und der Befreite lenkte die Tiere jetzt etwas von der Straße ab, in den Busch hinein, wobei er jedoch die Richtung des Weges nach der Station zurück beobachtet. Erst aber die Salzbüsche und Mallehügel gewonnen, setzte er seinem Tier die Sporen ein und sprengte, weit rascher als sie heute morgen geritten waren, die Bahn entlang.

Katurru hielt sich so viel wie möglich an seiner Seite, die Richtung dabei andeutend, die sie zu nehmen hatten, und schlug, als sie sich mehr und mehr der Station näherten, eine alte Schaffpurr ein, die in die Mallehügel führte. Hinter diesen konnten sie gedeckt und von dort unbemerkt die Station umreiten. Abirrigens ließ Katurru die beiden Weißen ihren Weg oft allein verfolgen, indem er mehrmals, wo das der Busch erlaubte, auf den links liegenden Hügelrücken hinaufsprang, um einen freieren Überblick über das Tal zu gewinnen.

So hatten sie schon den Weg getreuzt, der von der Station ab nach der trockenen Sumf-Schaffpurr führte, als ihnen Katurru von einer flachen Anhöhe, auf die er wieder hinausgeritten, zwinkte, dorthin zu kommen. Mac Donald wie Walter hatten zu gleicher Zeit schon einen letzten

mehr Stimmen auf sich vereinigte, als irgendeine bürgerliche Partei. Das sächsische Dreiklassenwahlrecht ist trotz der gemeinsamen Stimmabgabe in seinen Wirkungen der sozialdemokratischen Partei noch ungünstiger als das preussische. Die Konservativen, die 1896 das Besitzwahlrecht in Sachsen durchsetzten, um ihre Macht zu verewigen, erlitten eine schwere Niederlage. Sie verloren 8 Mandate an die Nationalliberalen, womit die konservative Mehrheit der Kammer von 18 auf 5 sank. Im sächsischen Landtag sitzen jetzt 1 sozialdemokratischer, 3 freisinniger, 31 nationalliberale, 1 antisemitischer und 46 konservative Abgeordnete.
(Fortsetzung folgt.)

Soziales und Parteileben.

Verbandsstag der Schneider. Zu Beginn der dritten Sitzung wird zunächst nach Annahme einiger Anträge, die Budget- und Rassenführung der Hauptkassette betreffend, dem Vorstand und Redakteur Decharge erteilt. Dann wird die Generaldebatte über die zum Statut gestellten Anträge von Pfeiffer (Nürnberg) eröffnet. Er befürwortet den Antrag, das Eintrittsgeld Lehrlingen und Kollegen, die nach beendeter Lehrzeit gleich dem Verbands beitreten, zu erlassen. Die Frage, wie können wir am besten die Jugend organisieren, müßte eingehend beraten werden; die Gewerkschaftsbewegung müsse sich der Jugend mehr annehmen als bisher. Für die jugendlichen Kollegen sollten aber niedrige Beiträge festgesetzt werden. Die Anträge zur Erweiterung des Unterstützungswesens bittet Redner abzulehnen, der Verband müsse vor allen Dingen einen Kampffonds schaffen. Pfeiffer (St. Johann) plädierte für die Einführung von Staffelbeiträgen, man müsse den finanziell schlechter gestellten Kollegen Rechnung tragen. Für die Militärschneider solle ein Reichstaxt eingeführt werden. Schneider (Jena): Die Erhöhung der Beiträge ist eine Notwendigkeit. Der Einheitsbeitrag darf aber 40 Pfg. nicht überschreiten. In der Debatte beteiligten sich Bosh, Kotsch, Schnorr, Welsch und Schädlisch. Stühmer (Berlin) ist wohl für eine einheitliche Regelung der Gehalte der Lokalbeamten; bei einer Übernahme dieser Beamten auf die Hauptkasse müßte aber vor allen Dingen die Frage geregelt werden, was die Lokalfassen zur Bezahlung beitragen. Über die Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge brauche man nicht viel Worte zu verlieren. Der Verband stehe einem geschlossenen Unternehmertum gegenüber und zur Führung von großen Lohnkämpfen müßten reichliche Mittel vorhanden sein. Bei dem vorjährigen Kampfe habe der Arbeitgeberverband sich gesagt, die Arbeiter können den Kampf nur 14 Tage führen, sie haben kein Geld. Hätte der Verband reiche Mittel gehabt, dann würden die Unternehmer den Kampf mit uns nicht aufgenommen haben. Der Verband müsse aus eigener Kraft die Mittel zu Lohnkämpfen aufbringen. Auf die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften dürfe man nicht rechnen. Die Vorstände der übrigen Gewerkschaften sagen, wenn wir bei ihnen um Unterstützung nachsuchen: „Ihr müßt eure Mitglieder zu höheren Beiträgen heranziehen.“ Die Schwierigkeit der Staffelbeiträge liege in ihrer Durchführung. Sie könne nur bei Selbstbeschaffung durchgeführt werden und da würden die Mitglieder zu den niedrigsten Beiträgen greifen. (Widerspruch.) Wenn gesagt werde, man tue zumeist für die Militärschneider, so müsse er demgegenüber betonen, daß die Militärschneider sich zu wenig um ihre Organisation kümmern. Es sei schwer, nur mit dieser Branche in einen Streik zu treten. Der Einführung von Einheitsstarifen für die Militärschneider ständen große Schwierigkeiten entgegen.

Auf den Bund gekommen ist das Reichsvereinsgesetz nun glücklich in Oberlesien. In Gleiwig sollte in den letzten Tagen eine öffentliche Metallarbeiterversammlung stattfinden. Kurz vor der angelegten Zeit erschienen zwei uniformierte Polizeibeamte und ein Beamter in Zivil mit einem Polizeihunde am Ort der Versammlung. Die beiden Uniformierten gingen alsbald in das Lokal und lösten in rechtschämiger Weise die noch garnicht eröffnete Versammlung auf. Als Grund gaben sie an, daß das Lokal schon früher als ungeeignet für Versammlungen erklärt worden sei.

Sozialmoralismus. Die „Post“ hat dieses neue Wort geprägt. Sie entriest sich darüber, daß die sozialmoralistische Presse darüber „heulmeiert“, wenn ein Unternehmer einen Arbeiter wegen seiner Zugehörigkeit zu einer Organisation aufs Pflaster wirft. Das Blatt stellt den Grundsatz auf:

„Es ist ein absoluter Unsinn, zu behaupten, daß der Unternehmer ruhig zusehen müsse, wenn sich Handarbeiter von ihm zu beliebigen Fezverbänden zusammenschließen. Nur ein schlapper Arbeitgeber ohne

Kauchgeruch gespürt, und sah jetzt, wie sich eine dunkle Wolke von Qualm dort hinüberzog. Wenige Sekunden später waren beide an der Seite des Schwarzen, und konnten einen Ausruf des Staunens und Schreckens nicht unterdrücken, als sie von den Gebäuden herüber, deren Richtung beide in den Büschen kannten, dichten, dunkeln Rauch heraussteigen sahen.

„Heiliger Gott, was ist das?“ rief Mac Donald entsetzt, „die Station brennt.“

„Ha, ha, ha, ha!“ lachte aber Katurru, „glaubt Ihr, daß die schwarzen Männer unisoni und ungerührt ihr Blut vergießen und ihre jungen Leute niederschließen lassen, wie die Dingos? Habt Ihr auch Feuergewehr und lange Messer, der schwarze Mann hat dafür den Speer und Brand, und weiß sie zu gebrauchen. Ngungulomca hat das Zeichen gegeben, daß die Weizen die Station verlassen haben, und jetzt die Zeit, Tabak und Mehl und Zucker in die Berge zu tragen, ganze Säcke voll. Folgt nur der Richtung jetzt, die Ihr eingeschlagen, Jatzu. Katurru will sich sein Teil da drüben holen und kommt dann nach.“

„Was, um Gottes willen, geht da vor!“ rief Walker, der kein Wort von dem in der Sprache der Eingeborenen erzählten Bericht verstanden.

„Das Gräßlichste!“ rief aber Mac Donald in zitternder Angst und Aufregung. „Die Männer haben die Station verlassen, der verräterische schwarze Krüppel, als Spion dort hingekippt, hat das Zeichen gegeben, und die Wilden senzen und plündern und werden vielleicht dort drüben, was lebend in ihre Hände fällt.“

„Und ich gefangen!“ knirschte Walker in wilder, ohnmächtiger Wut durch die Zähne. „Mensch, Teufel, können Sie ruhig mit ansetzen, wie“

„Halt!“ unterbrach ihn rauh und finstler Mac Donald, „hier gilt mein eigenes Leben, meine eigene Sicherheit nichts mehr. Las Sie mit mir nachher Ihr Schwimmes, tun Sie, was Sie können, aber Sie sind frei, und vielleicht ist es uns noch möglich, das Schrecklichste von jenen Unglücklichen abzuwehren.“ „Hier“, rief er, indem er mit vor Hoff und Aufregung zitternden Händen den Schlüssel zu den Handschellen des Offiziers in der Tasche suchte und sein Pferd diesem zu lenkte, „um Gottes willen, rauh, — jeder Augenblick, den wir hier verpassen, kann Tod und Glend auf die Häupter uns lieber Menschen bringen.“

(Fortsetzung folgt.)

ledes Ohrgefühl wird das dulden. Verbieten kann er es Ihnen allerdings nicht, aber er kann von seiner Kühnigkeitsfreiheit Gebrauch machen: und dagegen ist alles sozialmoralistische Geschwafel machtlos!“

Was würde wohl die ehrenwerte „Post“ dazu sagen, wenn die Arbeiter einmal einem Unternehmer den Streik androhen wollten, falls er nicht aus seinem Unternehmerverband austritt. Diesen Wutschrei über den Terrorismus der Arbeiter müßten wir hören!

Ums Koalitionsrecht. Der Bund der technischen und industriellen Beamten hatte nach Berlin einen außerordentlichen Bundestag einberufen, der einige innere Konflikte zu erledigen bestimmt war, dann aber auch sich mit dem Vorgehen der bayerischen Metallindustriellen beschäftigte. Der Vorstand hatte, dem Ernste der Situation entsprechend, geglaubt, daß der Ufas des Herrn Dr. Guggenheimer mit papierernen Resolutionen und leibenschönen Erklärungen nach Art des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes nicht abgewehrt werden könne und hatte aus diesem Grunde die Erhebung einer Extrastener und die Unterstüßung der etwa entlassenen Mitglieder angeordnet. Der Bundestag gab hierzu nachträglich sein Einverständnis kund. Bundessekretär Granzin, der über das Thema referierte, traf mit der sächsischen Schärfe, mit der er das Rundschreiben der bayerischen Industriellen noch einmal einer Kritik unterzog, durchaus den einer modernen Berufsorganisation einzig würdigen Ton und löste mit seinen temperamentoollen Ausführungen auch bei der Zuhörerschaft, namentlich bei den süddeutschen Delegierten, stürmische Zustimmung aus, die ihren Höhepunkt erreichte, als der Redner, die Kompromißvorschlüge abweisend, sagte: „Wenn man uns raten will, Kompromisse zu machen, weil wir noch zu schwach seien, so haben wir nur eine Antwort: Bei dem Koalitionsrecht gibt es keine Kompromisse. Das müssen wir haben. Und wenn man es uns nicht gibt, dann müssen wir dafür eintreten, einer für alle, alle für einen.“ Der Mahnung des Referenten an die Mitglieder, sich ihre Presse daraufhin anzusehen, ob sie für die Interessen des Bundes eintritt, folgte in der Diskussion die eines anderen Herrn, auch die Vertreter der Parteien im Reichstage auf Herz und Nieren zu prüfen. Man sei es jetzt schon gewöhnt, daß die bürgerlichen Parteien alles „bloot“-mäßig annehmen, was ihnen von der Regierung vorgelegt wird; einzig und allein die „verdammten Sozi“ bleiben bei der Stange. Auch sonst ergab die Diskussion die volle Einstimmigkeit darüber, daß der Bund auf der Bahn gewerkschaftlicher Arbeit wie bisher fortzuschreiten müsse. Interessant war die Mitteilung einzelner Maßregelungen in Augsburg, Mannheim und Dortmund und von Konflikten in München, Frankfurt a. M., Danzig und andern Orten. Die Industriellen scheinen es wirklich darauf angelegt zu haben, ihre Herrschaftsinflüsse an den Angestellten auszulassen, nachdem ihnen die Arbeiterschaft die Zähne gezeigt hat. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: Der außerordentliche Bundestag der technisch-industriellen Beamten hält die entschlossene Abwehr jedes Angriffes auf die Koalitionsfreiheit der Angestellten für die selbstverständliche Pflicht einer gewerkschaftlichen Berufsorganisation. Er billigt infolgedessen die Maßnahmen, die der Vorstand für wirksame Bekämpfung des Angriffes des Verbandes bayerischer Metallindustrieller auf das Grundrecht der Koalition ergriffen hat. Insbesondere erklärt er die Ausschreibung der Extrastener auf die Dauer von drei Monaten für die richtige Antwort auf die Bedrohung der wirtschaftlichen Existenz der Bundesmitglieder durch den Aussperrensbeschuß des Verbandes bayerischer Metallindustrieller. Er erwartet daher, daß die Bundesmitglieder im Gefühl der Verantwortung für den ungehörten Fortgang der gewerkschaftlichen Bewegung der technischen Privatangestellten die ihnen auferlegten Opfer gern und willig tragen werden. Der a. o. Bundestag bittet den Reichstag, die Koalitionsgesetzgebung zugunsten des Schutzes der Arbeitnehmer mit größtmöglicher Beschleunigung auszubauen. Insbesondere verlangt er, daß die Behinderung am geschäftlichen Gebrauch der Koalition durch entsprechende Änderung des § 153 der Gewerbeordnung unter Strafe gestellt und daß die Befandlung der Berufsorganisationen als politische Vereine durch eine unzweideutige Bestimmung im Reichsvereinsgesetz beseitigt wird. Den Bundeskollegen in der Maschinenfabrik Augsburg spricht der a. o. Bundestag seine Hochachtung dafür aus, daß sie in so einmütiger und musterhafter Weise in schwieriger Lage dem Bunde die Treue gehalten haben.“

Geschäftsgewinne großer Warenhäuser. In allen großen Industriestaaten schießen riesige Warenhäuser in den Großstädten wie Pilze aus der Erde, als Kaufhäuser von einer Größe und Vielseitigkeit, wie man es vor einem Vierteljahrhundert noch gar nicht denken mochte. Sie stellen die Jahrmärkte großer Städte durch die Mannigfaltigkeit und manchmal auch durch die Qualität ihrer Produkte weit in den Schatten und ihr Bestreben geht in den Weltstädten dahin, dem Käufer alles das zu bieten, was er in unzähligen andern Verkaufsläden zerstreut findet. Hier hat er alles, was er gerade benötigt, beisammen, wenn auch nicht immer in der gewünschten Art wie in einem Spezialgeschäft. Das Geschäft der meisten dieser Unternehmungen scheint nicht schlecht zu gehen, denn sonst würden sie nicht ungezählte Nachahmer finden, die es versuchen, durch Errichtung von Riesenkauflhäusern den kleinen Kaufleuten die Kunden abzunehmen. Die Warenhaus-Aktiengesellschaft L. Tieh, die in vielen deutschen Großstädten Geschäftshäuser besitzt, erzielte im Jahre 1907 mehr als 1.000.000 Mark Reingewinn und verteilte eine Dividende von 7 Prozent. Ein weit größeres Unternehmen ist das Warenhaus Wertheim in Berlin, das mit dem großen Kaufhaus des Westens in eine Aktiengesellschaft umgewandelt wurde. Es gehörte früher vier Inhabern, die bei dieser Umwandlung 40 Millionen Mark für ihr Geschäftsunternehmen erhielten. Sie traten aber gleich wieder in die neue Aktiengesellschaft ein, der das Kaufhaus des Westens gehörte, das nun über ein Kapital von 48 Millionen Mark verfügt. Das Warenhaus Wertheim erzielte im Jahre 1906 einen Umsatz von 72 Millionen Mark, wobei sich ein Reingewinn von 44 Millionen Mark ergab. Über mehr Kapital und einen größeren Gewinn dürfte kaum ein anderes deutsches Warenhaus disponieren. Genaue Berichte liegen über die großen Pariser Warenhäuser nicht vor, weshalb man sich über ihren Umsatz aus den von ihnen verteilten Dividenden informieren kann, die bei den Grands Magasins du Printemps im Jahre 1907 10 Prozent betragen. Nicht geringer dürften die Gewinne des Lowremagasin und die der andern großen Pariser Kaufhäuser gewesen sein. Von der Galerie Lafayette ist bekannt, daß ihr Reingewinn im vergangenen Jahre 2 Millionen Mark erreichte. Dies scheint dem Unternehmen aber noch immer nicht genug gewesen zu sein, weil es keine Dividende verteilte. Die großen Schweizer Warenhäuser wiefen für das Jahr 1907 Dividenden von durchschnittlich 10 Prozent aus, während die Harrods Stores in London 20 Prozent und das Warenhaus Whiteley in London 6 Prozent Ertragszinsen erzielten. Das letztere bei einem Bruttogewinn von 22 Millionen Mark. Vielleicht das größte Kapital aller Warenhäuser der Welt ist in dem Geschäftsunternehmen der Neuyorker Firma Wanamater investiert, deren Inhaber ein Vermögen von

mehr als 240 Millionen Mark besitzen. Jetzt wird wieder in Berlin ein solches Etablissement, das Wassergaßhaus, fertig, das in großartig ausgestatteten Sälen Freikonzerte und Ausstellungen aller Art veranstalten will.

Anträge zum sozialdemokratischen Parteitag. Die Anträge der Genossen haben zwei bemerkenswerte Anträge zum sozialdemokratischen Parteitag gestellt. Der eine Antrag wünscht, auf die Tagesordnung des kommenden Parteitages zu setzen; Die Landarbeiterfrage und die Landarbeiterorganisationen; der andere Antrag lautet wie folgt: „Der Parteitag empfiehlt allen Parteilorten, denen geeignete Redner zu Gebote stehen, im September jeden Jahres, möglichst im Einverständnis mit den Gewerkschaften, eine Rekrutenabschiedsfeier zu veranstalten, in der, neben gefälligen Unterhaltungen, die zum Militär einberufenen Genossen noch einmal an ihre Zusammengehörigkeit mit ihren Klassen-genossen erinnert und über ihre militärischen Rechte und Pflichten aufgeklärt werden sollen.“

Erwerbung des Bürgerrechts. Der sozialdemokratische Verein Bayreuth richtete eine besondere Sparabteilung ein, die den Mitgliedern Gelegenheit geben soll, die für die Erwerbung des Bürgerrechts, d. h. des Gemeindegewaltrechts erforderlichen Gebühren anzusammeln. Der bisherige Bürgerrechtsverein wurde mit dem Sozialdemokratischen Verein verschmolzen.

Staatsanwaltlicher Überreifer. Die Wiener „Arbeiterzeitung“ ist mit ihrer Dienstagnummer wieder einmal einer Konfiskation verfallen. Der Staatsanwalt hat an einem Satz eines Artikels über die Umkehr der Inhaft genommen, der darauf hinwies, daß der Strafnachlaß nur Unbescholtenen zu teil wird, wozu die Bemerkung gemacht war: „Diese Einschränkung gestaltet die Amnestie ohne rechten Grund sehr engherzig.“ Dieser Satz soll nach der Ansicht des Herrn Staatsanwalts das Verbrechen der Majestätsbeleidigung enthalten. Über der Staatsanwalt hatte diesmal Pech. Die Konfiskation ist noch am selben Nachmittage aufgehoben worden durch einen Beschluß des Landgerichts, der wie folgt begründet wurde: „Nach dem Zusammenhang, in welchem die seitens der Staatsanwaltschaft beanstandete Stelle sich befindet, kann nicht angenommen werden, daß sich die in dem angeführten Passus enthaltene Kritik gegen die Person des Kaisers richtet. Vielmehr erscheint der Vorwurf der Engberzigkeit, wie insbesondere der Hinweis auf das offiziöse Communiqué ergibt, nur gegenüber jenen Personen erhoben, welche die Vorschläge für den Gnadenakt auszuarbeiten hatten. Mangels dieser Beziehung zur Person des Kaisers ist der Tatbestand des § 63 St.-G.-B. nicht begründet.“

Zur Frage der Budgetbewilligung. Vom sozialdemokratischen Kreisverein München a. u. s. wurde auf Antrag des Genossen Cummel nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Mitgliederversammlung sieht in der Budgetbewilligung der bayerischen und bayerischen Genossen einen Verstoß gegen den Lübecker Parteitagbeschuß und spricht die Erwartung aus, daß der Nürnberger Parteitag diesem Tun durch scharfe Präzisierung des Lübecker Beschlusses einen Riegel vorschleibt.“ Diese Resolution soll ebenfalls der am 6. September in Cosmar tagenden Landeskonferenz zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Das Ende der Aktion. Nach den letzten Reichstagswahlen ist gegen acht agitatorisch tätig gewesene Genossen in Gotha ein Verfahren wegen Verleumdung des Hauptmanns Dominik und des Stationsleiters Geo Schmidt eingeleitet worden. Dieses Verfahren wurde dann auf drei Parteibläter ausgedehnt. Das Verfahren gegen die Gothaer Genossen ist längst eingestellt und nun sind auch die angeklagten Parteiredakteure außer Verfolgung gesetzt worden.

Sozialdemokratische Rekruten-Abschiedsfeiern. Unsere Königsberger Parteigenossen haben an den Parteitag in Nürnberg einen Antrag gerichtet, der den Parteigenossen allerorts die Abhaltung von Rekruten-Abschiedsfeiern für die zum Militär ausgehobenen Parteigenossen empfiehlt. Mit allen Zeichen patriotischen Entzehens nimmt die konservative Presse davon Kenntnis und bemerkt:

„Wir zweifeln nicht daran, daß die Behörden auf solche eventuelle Rekrutenabschiedsfeiern ein wachsam Auge haben werden. Die Sozialdemokraten aber, die noch immer nicht die Finger von der Verteilung Heerespflichtiger zur Disziplinwidrigkeit — denn etwas anderes bedeutet die oben erwähnte „Aufklärung“ nicht — lassen wollen, sollten sich selbst darüber klar sein, daß sie damit den zum Militär einberufenen „Genossen“ für ihre Dienstzeit nur schwere Stunden bereiten.“

Wieso? Wenn die jungen Leute in der Kaserne ihre Schuldbilge tun, dann kann man ihnen rechtlich absolut nichts anhaben. Die Erfahrung hat auch gelehrt, daß in den Regimentern, die ihre Rekruten aus den „sozialdemokratischen Verbänden“ Großstädten beziehen, die wenigsten Soldatenstrafverfahren vorkommen. Die konservative Drohung kann sonach nur als eine Aufforderung zu Soldatenmissethaten betrachtet werden.

Eine Anregung. In der „Schwabischen Tagwacht“ regt Genosse J. Stern in einem an leitender Stelle veröffentlichten Artikel an, eine Weltgeschichte, durchleuchtet mit dem Tatsachen-Material der ökonomisch-materialistischen Idee, schreiben zu lassen. Das Fehlen einer solchen sei ein schwerer Mangel unserer Literatur. Die weltanschaulichen Wände der bürgerlichen Werke seien zu umfangreich und natürlich vom bürgerlichen Standpunkte aus geschrieben. Der Artikelschreiber verkennt nicht die Schwierigkeit der Arbeit. Es müßte dafür eine Reihe befähigter Autoren gewonnen werden, die sich in die Arbeit teilen und nach einem gemeinsamen Plan, auf Grund des historischen Materialismus, doch ohne in Einzelheiten die subjektive Auffassung der Autoren zu beschränken, das Werk herstellen. Parteitag und Parteileitung sollen sich damit befassen. — Die Anregung ist erwägenswert. Die Kosten dürften allerdings sehr erhebliche sein. Aber es wäre ein Werk von bleibendem Werte und eine gute Waffe im Kampfe gegen die bürgerliche Weltanschauung.

Mit dem Budgetstreit befaßte sich eine Versammlung in Fürth, die erste in Bayern. Die Abgeordneten Galler und Segiz erstatteten Bericht. In der Diskussion, an der sich nur zwei Redner beteiligten, wurde kein Protest gegen die Budgetbewilligung erhoben. Der eine Diskussionsredner billigte die Abstimmung vollkommen und tadelte nur, daß zu der Konferenz der süddeutschen Landtagsfraktionen kein Vertreter des Parteivorstandes zugezogen wurde. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die am 19. August in Fürth versammelten Wähler und Parteigenossen sind mit der Tätigkeit der sozialdemokratischen Abgeordneten im bayerischen Landtage nach jeder Richtung einverstanden. Die Versammlung erkennt an, daß die wichtigen Beschlüsse, welche der Landtag in der abgelaufenen Session bezüglich der Gehaltsaufbesserung der Beamten und Lehrer gefaßt, der außergewöhnlichen Aufwand für die Arbeiter in Staatsbetrieben, der Proporz für die Gemeindegewählten, der Ausbau der Wasserkräfte des Landes, Beschlüsse, die zum Teil auf die Initiative unserer Abgeordneten zurückzuführen sind, mindestens unter Mitwirkung der sozialdemokratischen Vertreter zustande gekommen sind, insbesondere aber die Anerkennung der vollen, staatsbürgerlichen Gleichberechtigung, die Voraussetzung enthalte, welche nach den Beschlüssen des



St. Lorenz erstes u. ältestes
Motor- und Fahrradhaus
H. Benthien
Fackenburger Allee 53.
Grösste Reparaturwerkstatt.
Eigene Vernickelungs- und Emailier-Anstalt.
Vertreter der Claes Pfeil und Naumanns Germania-Fahrräder.

Restaurant Polierkrug
Schwartauer Allee.
Geschützte Lauben, geschl. Veranda sowie Doppel-Kegelbahn (Hochbahn) Angenehmer Familien-Aufenthalt. Zur Einkehr ladet freundl. ein
F. Strohkarr.

„Adler“ Brauerei Lübeck
F.: 693.

Achtung Bauarbeiter!

Alle Kollegen, die gewillt sind, die Tour nach Herrnhurg zum Sommerfest mitzumachen, werden gebeten, am Sonntag, den 23. Aug., nachmittags 1/2 3 Uhr, auf der Moltkebrücke zu sein.
J. A.: Der Vorstand.

Weisser Engel.
Jeden Sonntag Tanz.

Heute Sonntag:
Einweihung meines neuen Flügels.
Sonntag, d. 30. u. Montag, d. 31. d. Mts.

Großes Preisstücken
1. Preis ein lebendes Schwein im Gewicht von zirka 150 Pfd.
J. C. Ehlers.

Brauerei Fadenburg.
Sonntag, den 23. August 1908:
Grosses Extra-Konzert
Musik ausgeführt von der Friemuth'schen Kapelle, Bad Oidesloe.
Anfang 4 Uhr. Eintritt 10 Pfg.

Beckenhof'sches Adlershof.
Morgen Sonntag:
Tanzkränzchen.

Neu! Parkettfußboden! Neu! Parkettfußboden!
Louisenlust.
Jeden Sonntag: **Gr. Tanz-Musik.**
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.
Musik: Harmonikatrab Harmonia. W. Goe.

Wilhelm-Theater.
Konzert mit Tanzkränzchen.
Angenehmer Familienaufenthalt.

Friedrich-Franz-Halle
Jeden Sonntag:
GROSSE TANZ-MUSIK.

Ueber die Erzeugnisse der Fahrenkruger Brotfabrik G. m. b. H., vorm. Th. Severin, in Fahrenkrug in Holstein

hat das Gewerkschaftskartell in Segeberg in seiner Sitzung vom 9. Juni den **Boykott** beschlossen.
Wir wenden uns nun an die organisierte Arbeiterschaft der Provinz Schleswig-Holstein, sowie von Hamburg und Lübeck, die Erzeugnisse dieser Fabrik an Brot und Zwieback bis auf weiteres nicht zu konsumieren.
Verband der Bäcker, Konditoren u. verw. Berufsgen. Deutschl. (Zahlstelle Segeberg.)

Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zahlstelle Lübeck.)

Einladung zum
XIII. Stiftungsfest

bestehend in
Konzert, Preisschießen für Herren und Damen und Kindervergnügen sowie Auftreten der Kunstfahrguppe „Edelweiß“
am Sonntag, den 23. August, im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52
Preisschießen von 11-1 und 4-7 Uhr. Konzert von 4-7 Uhr. Um 7 Uhr: Paternenz-Anfang 4 Uhr. polonaise für Kinder. Von 7-2 Uhr: Ball. Ende 2 Uhr. Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Damen 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Einladung zum
Sommer-Vergnügen

der organisierten Metallarbeiterinnen
bestehend in
Konzert und Ball, Preisschiessen für Herren, sowie Damen- und Kinder-Vergnügen
am Sonntag, den 23. August 1908 im Lokale des Herrn Gutsche, Neu-Lauerhof.
Anfang 4 Uhr nachmittags. Herrenkarte 50 Pfg., eine Dame frei. Abends Illumination des Gartens. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Das Komitee.

Hansa-Halle. Am Sonntag, d. 30. Aug. 1908
Grosser Ball
der St. Lorenz-Schweinegilde.
Anfang 6 Uhr. — Ende morgens.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei.
Heute Sonntag, den 23. August: **Tanzkränzchen.**

Konzerthaus Friedrichshof.
Heute Sonntag: **Grosser Tanz.**
Eintritt frei. Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr. Eintritt frei. Hans Möller.

WAISEN-HOF.
Heute Sonntag:
Tanzkränzchen. Eintritt frei.
Einsegl.
Jeden Sonntag:
Tanzkränzchen.
Freier Eintritt. — Freier Tanz.
Fadenburger Liedertafel.

Am Sonntag, den 23. Aug. 1908:
24jähriges Scheibenschießen
verbunden mit Herren-, Damen- und Kinder-Vergnügen
im Lokale des Herrn Paetan, Fackenburg.
Anfang für Herren um 2 Uhr, für Damen und Kinder um 3 Uhr.
Anfang des Balles 8 Uhr. Ende morgens 3 Uhr.
Preis für Schießen und Ball 1 Mark für Ball 80 Pfg., eine Dame frei.
Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Der Vorstand.

Central-Hallen.
Sonntag:
Tanzkränzchen.
Tanz im Abonnement 50 Pfg. Eintritt à Person 10 Pf.
Anfang 5 Uhr. Ende 1 Uhr. W. Borgwardt.

Gesangverein der Zimmerer.
Einladung zum
Sommerfest und Ball
verbunden mit Tombola, Konzert, Gesangsvorträgen, Herren-, Damen- und Kinderbelustigungen
am Sonntag, den 30. Aug. 1908 im Vereinshaus, Johannisstr. 50-52.
Eintritt 50 Pfg., eine Dame frei. Einzelne Dame 20 Pfg., wofür Garderobe.
Anfang des Festes 4 Uhr, des Konzerts 5 Uhr. — Ende 2 Uhr. —
Das Komitee.

Flora

2 Minuten vom neuen Bahnhof.
Jeden Sonntag: Tanzkränzchen
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt frei.

Verband der hantgewerbl. Hilfsarbeiter
Zahlstelle Herrnhurg.

Sommer-Vergnügen
verbunden mit Herren-Preisschießen und sonstigen Belustigungen sowie Ball
am Sonntag, den 23. d. Mts.
Da die Zahlstelle sehr unter den örtlich Verhältnissen zu leiden hat, so bitten insbesondere die Lübecker Bauarbeiter, sowie alle Gönner, durch recht zahlreichen Besuch des Festes uns zu unterstützen.

Segler-Klub „Hansa“.
Sonntag, den 23. August:

10. Stiftungsfest

im Klublokal Wakenitz-BelleVue verbunden mit Garten-Konzert, Herrenschützen, Damen- u. Kindervergnügen etc. etc.
Garten-Konzert von 4 Uhr an.
Festball
in den festlich dekorierten Räumen um 8 Uhr. (Stander-Weihe).
Festkarte 75 Pfg., eine Dame frei.
Hierzu ladet freundl. ein
Der Vorstand.

Restaurant Zur alten Lohmühle.
Sonntag, den 23. August 1908

Grosses Garten-Konzert
ausgeführt von der Schwartauer Kadettenkapelle
Anfang 5 Uhr. Ende 12 Uhr.
Eintritt 10 Pfg.
Abends 8 Uhr: Aufsteigen eines Luftballons mit einer Dame.
Hierzu ladet freundlichst ein
Otto Sterly.

Hansa-Theater
Heute Sonnabend (7. Tag)
ringen:
Siegfried Deutschland gegen Arvid Nielsen Dänemark
Jean Duriz Luxemburg gegen K. Grunewald Rheinland
D. Ponce Frankreich gegen Frank Jackson Amerika
Carlos Portugal gegen Apollon Frankreich
Morgen Sonntag (8. Tag)
ringen:
Bernard le Boucher Belgien gegen Carlos Portugal
Frank Jackson Amerika gegen Karoly Ungarn
Siegfried Deutschland gegen H. Winzer Hamburg
Albert Harrs Hamburg gegen K. Grunewald Rheinland
Billetvorverkauf bei Sager.

Stadthallentheater.
Sonntag: 79. Abonnements-Vorstellung. Große Doppel-Vorstellung. Anfang 7 Uhr.
Flotte Bursche. Operette.
Der Hochtourist.
Schwanz in 3 Akten von C. Kraatz.
Montag: 80. Abonnements-Vorstellung.
Das Jungfernstift.
Dienstag: Benefiz-Regisseur F. Heydrich-Gastp. Frau Dr. Fuchs-Brand, Hamburg u. Georg Werner, Hoftheater Oldenburg.
Die Fledermaus.